Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang · Sonnabend, 5. März 1921 · Nummer 107 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5/6.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile; Stellen-Gesuche in Worte-Anzeigen das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4691, 4835, 4849, 4923

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Lloyd George über Deutschlands Schuld

Die Weltkrise

Die Krise dauert in unverminderter Schärfe fort. Die Reichsregierung wird erst heute im Reichstag Erklärungen über ihre Stellungnahme abgeben. Der Versuch unserer Genossen, schon in der gestrigen Sitzung eine Erörterung im Reichstage herbeizuführen, wurde von den bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten vereitelt. Nach der Erklärung der Regierung wird eine Unterbrechung eintreten und dann die Debatte im Parlament beginnen. Es ist möglich, daß diese auch in einer Sonntagssitzung fortgeführt werden wird.

Erst die Erklärung der Regierung wird darüber Klarheit schaffen, ob die letzte Möglichkeit ausgenutzt wird und am Montag der Londoner Konferenz Vorschläge unterbreitet werden, die eine Weiterführung der Verhandlungen herbeiführen. Wir unsererseits verlangen jedenfalls mit allem Nachdruck, daß jeder Versuch gemacht wird, um den Bruch zu verhüten.

Unterdessen beschäftigen sich insbesondere Parlamentarier der Deutschen Volkspartei mit Versuchen, die Regierungskoalition durch Heranziehung der Deutschnationalen und der Rechtssozialisten zu erweitern. Falls diese Parteien sich nicht zu der famosen Einheitsfront vereinigen lassen, so soll wenigstens eine von beiden zum Eintritt in die Regierung eingeladen werden. Wir halten diese Versuche für ziemlich aussichtslos, jedenfalls haben sie für die Lösung der Krise keine Bedeutung. Denn nicht von einem Wechsel in der Besetzung der Ministerien, sondern nur von einer einsichtigen Politik wäre noch eine Aenderung der Situation zu erwarten. Die Aussichten dafür sind aber gering.

Berlin, 4. März.

Unter der Leitung des Reichskanzlers fand heute nachmittag eine Aussprache des Sachverständigenausschusses über die wirtschaftlichen Wirkungen der von der Londoner Konferenz angedrohten Zwangsmaßnahmen statt. Alle Anwesenden waren einer Meinung darüber, daß die Maßnahmen auf das deutsche Wirtschaftsleben schwerste Wirkungen ausüben würden, daß diese Wirkungen aber die Regierung von dem Standpunkt, **die Unterschrift von Verpflichtungen abzulehnen**, die Deutschland zu erfüllen außerstande sei, **nicht abbringen könnten.**

Bei einer Besprechung, die gleichzeitig der Reichsminister des Innern mit den parlamentarischen Vertretern des besetzten Gebietes abhielt, wurde festgestellt, daß die angekündigten Zwangsmaßnahmen schwer, aber nicht unerwartet seien und daß die Regierung wegen der zu befürchtenden Schädigungen soweit als möglich Vorsorge getroffen habe. Die angedrohten Maßnahmen könnten keine Veranlassung geben, die von der Reichsregierung bisher eingenommene Haltung zu ändern.

Die Rede Lloyd Georges

Lloyd George fuhr in seiner Rede, deren Anfang wir bereits gebracht haben, fort:

Was wird Italien und Belgien angeboten, um ihre Lasten zu erleichtern? Nicht ein Viertel der Summe, die zur Reparation des Schadens erforderlich ist. Und das nur unter der Bedingung, daß die, die es nötig haben, es zuerst unter besonderen Vorzugsbedingungen und in ihren eigenen Taschen suchen müssen, während sie auf ihren eigenen Märkten nur mit Mühe Geld aufnehmen können, um die wesentlichen Regierungsgeschäfte zu führen.

Das ist das Angebot. Ich kann die Psychologie nicht verstehen, die es den Vertretern

eines Landes, das für den verheerendsten Krieg verantwortlich ist,

den die Welt je sah, gestattet, feierlich mit solchen Bedingungen zu einer Konferenz mit den Vertretern der Länder zu kommen, die die Opfer jener Verwüstungen gewesen sind.

Wäre die Deutsche Regierung hergekommen mit einem Vorschlag, der den aufrichtigen Wunsch bezeugte, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, so würden wir ihn mit Gerechtigkeit und größter Geduld in Erwägung gezogen haben. Wenn sie gesagt hätten „42 Jahre ist eine zu lange Zeit", wenn sie gesagt hätten „eine Abgabe von 12 Prozent auf unsere Ausfuhr ist nicht die beste Methode, unseren Verpflichtungen nachzukommen oder den Betrag festzustellen, den Deutschland in einem gegebenen Moment zu zahlen fähig ist, wir haben andere Wege, die uns besser passen, aber ebenso zum Ziele führen", dann hätten wir uns mit der deutschen Abordnung an diesen Verhandlungstisch gesetzt, um ganz ehrlich **ihre Gegenvorschläge zu prüfen** mit der Absicht, zu einer vernünftigen Einigung zu kommen. Diese Differenzen schaffen eine dauernde

Atmosphäre von Uneinigkeit und Mißtrauen,

und das ist verhängnisvoll für den Frieden, der so notwendig ist, um die Welt zur Wiederaufnahme ihrer normalen Aufgaben zu befähigen. Wir wissen das. Wir waren bereit, hierfür Zugeständnisse zu machen, wir waren bereit, alle berechtigten Zugeständnisse zu machen für **die wirklichen Schwierigkeiten, unter denen das Deutsche Volk und alle anderen infolge des Krieges leiden**, aber diese Vorschläge sind offen gesagt beleidigend und erbitternd, und als ein Mann, der eifrig danach strebt, daß wirklicher Friede in Europa zwischen allen seinen Völkern hergestellt werde, beklage ich tief, daß solche Vorschläge überhaupt vorgebracht worden sind, denn sie zeigen den Wunsch, die Verpflichtungen, die Deutschland zur Last fallen, nicht zu erfüllen, sondern zu umgehen, Verpflichtungen, die weit zurückbleiben hinter denen, die wir nach dem Vorbild, das es selbst 1871 aufgestellt hat, hätten auferlegen können. Hätte die deutsche Regierung ihrem Volke eine Besteuerung auferlegt, vergleichbar mit den Steuern, die die alliierten Länder ihren Bürgern auferlegt haben, so würde sie uns gegenüber am Verhandlungstische in einer besseren Lage gewesen sein. Aber auch hier bestehen die Besiegten darauf, besser wegzukommen als die Sieger. Die deutsche Schuld, nominell hoch, ist nominell nicht einmal so schwer im Verhältnis zur Bevölkerung wie die von Großbritannien. **England hat während des Krieges drei Milliarden Pfund Sterling an Steuern erhoben, um die Kosten für die Fortführung des Krieges aufzubringen.**

Deutschland hat keine solche Anstrengungen gemacht.

Heute ist seine anscheinend riesenhafte Schuld fast zu dem Betrage seiner Vorkriegsschulden verringert worden durch fortschreitende Verschlechterung seines Geldwertes. Es hat auf dem Papier sehr schwere direkte Steuern auf den Besitz gelegt, aber **jedermann weiß, daß sie nicht voll eingezogen werden.** Seine indirekten Steuern — und dies sind die Steuern, die die Masse des Volkes trägt — sind lächerlich niedrig verglichen mit Großbritannien. Lassen Sie mich ein paar Beispiele geben: Zum Zweck dieser Berechnung habe ich 10 Papiermark, 1 Papierfranc und 1 sh 6 d. Sterling als Gegenwert für eine Goldmark genommen. Ich denke, daß in Anbetracht des relativen Werts dieser Münzeinheit dieser Maßstab nicht unbillig ist, aber ich bin bereit, die verhältnismäßige Besteuerung britischer und deutscher Bürger nach irgendeinem Wertmaßstab zu prüfen, den Dr. Simons für die Münzeinheit annehmen will, in denen die Steuern in den betreffenden Ländern gezahlt werden.

Das deutsche Budget sah einen Zuschuß von 20 Milliarden Mark für Eisenbahnen und Post vor und für Ernährungszuschüsse 10 Milliarden. Hierzulande haben wir diese beiden Zuschüsse abgeschafft und dem reisenden und verbrauchenden Publikum die vollen Kosten, in einem Falle dem Betrieb der Eisenbahnen, der Post und des Telephons und im anderen Falle der Nahrungsbeschaffung auferlegt. Diese Zuschüsse bilden eine Verringerung, eine Herabsetzung der deutschen Steuern und bedeuten eine

Unterstützung für die deutsche Industrie.

Daß Deutschland seine Steuern nicht auf gleiche Stufe mit denjenigen in den alliierten Ländern gebracht hat, bedeutet an sich eine **Verletzung des Vertrages von Versailles**, und solange es nicht eine mindestens gleiche Besteuerung einführt, kann es nicht geltend machen, daß es nicht imstande ist, die Forderungen der Pariser Beschlüsse zu erfüllen.

Ich komme nun zum Schluß meiner Darlegungen. Wie ich in der kurzen Darlegung erklärt habe, die ich am Dienstag als Präsident der Konferenz machte, **bieten die Gegenvorschläge nicht einmal eine Grundlage zu einer Prüfung oder Erörterung.** Sie sind einfach herausfordernd; weitere Ueberlegung bestärkt unseren ersten Eindruck. Es würde daher eine glatte Zeitvergeudung bedeuten, irgendwelche Sitzungen ihrer Betrachtung zu widmen.

Die Alliierten haben über die Gesamtlage beraten und ich bin nunmehr ermächtigt, in ihrem Namen folgende

Erklärung

abzugeben:

Der Vertrag von Versailles wurde vor weniger als zwei Jahren unterzeichnet. Die deutsche Regierung hat bereits gegen einige seiner wichtigsten Bestimmungen verstoßen; die **Aburteilung der Kriegsverbrecher, die Entwaffnung, die Zahlung von 20 Milliarden Goldmark** in bar oder in Waren, dies sind einige der Bestimmungen. Die Alliierten haben nicht rücksichtslos auf dem Buchstaben ihres Schuldscheins bestanden, sie haben Frist gewährt, sie haben sogar den Charakter ihrer Forderungen abgeändert; aber jedesmal hat die deutsche Regierung sie außer Acht gelassen. Trotz des Vertrages und der in Spaa übernommenen feierlichen Verpflichtung ist

gegen die Kriegsverbrecher noch nicht verhandelt

worden. Man hat sie unbestraft gelassen, obwohl die Unterlagen seit Monaten in Händen der deutschen Regierung sind. Militärische Organisationen hat man — teils offen, teils heimlich — im ganzen Land emporsprießen lassen, mit Waffen ausgerüstet, die hätten abgeliefert werden müssen.

Wenn die Deutsche Regierung hinsichtlich der Reparationen ein aufrichtiges Bedürfnis gezeigt hätte, den Alliierten beim Ersatz der schrecklichen Verluste zu helfen, die ihnen durch die Angriffshandlung der deutschen imperialistischen Regierung zugefügt wurden, so wären wir wie bisher immer noch **bereit gewesen, den begründeten Schwierigkeiten Deutschlands in jeder Weise Rechnung zu tragen.** Aber die vorgebrachten Vorschläge haben die Alliierten wider ihren Willen davon überzeugt, daß die Deutsche Regierung entweder nicht den Willen hat, ihre Vertragspflichten auszuführen, oder daß sie **nicht die Kraft hat, angesichts einer eigennützigen und kurzsichtigen Opposition auf den nötigen Opfern zu bestehen.**

Wenn das auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß die deutsche Meinung es nicht zuläßt, so macht das die Lage noch ernster und macht es umso notwendiger, daß die Alliierten den Führer der öffentlichen Meinung erneut Tatsachen gegenüberstellen. Die erste wesentliche Tatsache, deren sie sich bewußt werden müssen, ist die, daß die Alliierten zwar bereit sind, jeder **vernünftigen Vorstellung**, die sich aus Deutschlands Schwierigkeiten herleitet, Gehör zu schenken, daß sie aber

kein weiteres Feilschen um den Vertrag erlauben können.

Wir haben daher beschlossen, im Hinblick auf die schon begangenen Verletzungen und auf die in diesen Vorschlägen dargelegte Entschlossenheit Deutschlands weiterhin dem Vertrag zu trotzen und ihn wegzuerklären, im Hinblick auf die Herausforderung, die sich nicht nur in diesen Vorschlägen, sondern auch in den Erklärungen äußert, welche in offiziellen Darlegungen der deutschen Regierung in Deutschland gemacht worden sind, daß wir handeln müssen auf Grund der Annahme, daß die Deutsche Regierung ihren Verpflichtungen nicht nur **nicht nachkommt, sondern mit Bedacht nicht nachkommt.**

Wenn wir nicht bis Montag hören, daß Deutschland bereit ist, entweder die Pariser Beschlüsse anzunehmen, oder Vorschläge zu unterbreiten, die auf anderem in gleichem Maße befriedigendem Wege seine Verpflichtungen aus dem Vertrage von Versailles unter Berücksichtigung der in den Pariser Vorschlägen gemachten Zugeständnisse erfüllen, so werden wir von diesem Zeitpunkt ab auf Grund des Friedensvertrages folgendermaßen vorgehen:

Die Alliierten sind übereingekommen:

1. Die Städte Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf auf dem rechten Rheinufer zu besetzen.

2. Von ihren Parlamenten Vollmachten zu erlangen, von ihren Staatsangehörigen zu fordern, einen gewissen Anteil von allen Deutschland für deutsche Waren geschuldeten Zahlungen an ihre verschiedenen Regierungen abzuführen. Dies bezieht sich auf Waren, die in diesem Lande oder in einem andern alliierten Staat von Deutschland erworben werden.

3. a) Der Betrag der Abgaben, die von den deutschen Zollämtern an den äußeren Grenzen der besetzten Gebiete erhoben werden, sind an die Reparationskommission zu zahlen.

b) Diese Zölle sollen weiter nach dem deutschen Zolltarif erhoben werden.

c) Am Rhein und an den Grenzen der Brückenköpfe, die von den alliierten Truppen besetzt sind, soll zeitweilig eine Reihe von Zollstationen errichtet werden. Der auf dieser Linie für Ein- und Ausfuhr von Gütern anzuwendende Tarif soll von der alliierten Rheinlandskommission in Uebereinstimmung mit der Weisung der alliierten Regierungen festgesetzt werden.

Lloyd George erklärte, daß die zweite Sanktion folgende Bedeutung habe: Abzug vom Einkaufswert aller Güter, die von den alliierten Ländern von Deutschland gekauft werden. Ein gewisser Anteil davon wird in die hiesige Staatskasse eingezahlt und der Rest wird mit einer Quittung der Staatskasse über den eingezahlten Betrag an Deutschland übersandt werden.

Die englische Presse

Die englische Presse beurteilt die Rede Lloyd Georges im allgemeinen zustimmend. „Times" erwähnt besonders eine bei einem Frühstück gehaltene Rede Briands. Briand drückte seine äußerste **Befriedigung über die Rede Lloyd Georges** aus und versicherte, die Union zwischen Frankreich und England sei eine Notwendigkeit im Interesse der Völker und der Erhaltung des Weltfriedens. „Times" schließt aus den Worten des deutschen Ministers des Auswärtigen auf der gestrigen Sitzung der Konferenz darauf, daß er weitere alternative Vorschläge machen werde. Das Blatt hebt hervor, daß die aus Berlin geäußerte Ansicht, das Ultimatum der Entente sei keineswegs ein wirkliches Ultimatum, denn die Alliierten hätten nicht die Absicht, die Verhandlungen plötzlich abzubrechen, ein großer Irrtum sei. Die Alliierten würden das Kuhhandelsverfahren nicht dulden, sie würden wirkliche Angebote in Betracht ziehen, jedoch nicht mehr.

Sozialistische Interpellation in der italienischen Kammer

In der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer fragten die Sozialisten in einer eigenen Interpellation Giolitti, ob er über die Londoner Verhandlungen Auskunft geben wolle. Der Ministerpräsident erwiderte, daß er nicht antworten könne, da er nicht im Besitz der dazu notwendigen Dokumente sei. Hierauf erklärten die Sozialisten, daß sie nicht in der Lage seien, die Rückkehr des Grafen Sforza aus London abzuwarten. **Die Sozialisten wollten die italienische Politik gegenüber Deutschland kennen lernen und** wissen, was die italienische Regierung in den Fragen, die mit dem Frieden von Europa so eng zusammenhängen, denke. Die Sozialisten hofften, daß der Ministerpräsident nicht bloß mit unabänderlichen Tatsachen vor die Kammer trete, sondern daß diese ihre Meinung äußern können. Der Ministerpräsident antwortete, daß er beabsichtige, der Kammer einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem der Vertrag nur mit Zustimmung der Kammer ausführbar sein werde. Die Kammer werde sicher gutheißen, daß ohne Zustimmung der Kammer kein internationaler Vertrag abgeschlossen werden könne. Aber im gegenwärtigen Moment könne er nicht glauben, daß die Kammer die Londoner Verhandlungen beeinflussen wolle. In der Abstimmung wurde der sozialistische Antrag mit großer Mehrheit zurückgewiesen.

Präsidentenwechsel in Amerika

Die Botschaft Hardings — Abwendung von Europa

Die Amtsdauer des Präsidenten Wilson hat gestern ihr Ende erreicht, nachdem die bürgerlich-demokratischen Illusionen, deren Vertreter er war, schon längst zusammengebrochen waren. Der Amtsantritt Hardings bedeutet nicht nur einen Personen-, sondern einen Systemwechsel. Es ist ein nüchterner und berechnender Vertreter der amerikanischen Kapitalistenklasse, der mit Harding zur Regierung gelangt. Dies zeigt deutlich die Botschaft, mit der er dem Kongreß seine Amtsübernahme anzeigt. In dieser Botschaft heißt es nach dem telegraphischen Bericht aus Washington u. a.:

Vertrauen wir unseren Fähigkeiten, unsere Geschicke selbst zu leiten. Wir suchen nicht an der Leitung der Geschicke des alten Kontinents teilzunehmen, und wir haben nicht die Absicht, uns mitreißen zu lassen. Wir übernehmen nur die Verantwortung, die uns unser Gewissen in jedem einzelnen Fall vorschreibt. Amerika will außerhalb jeder ständigen militärischen Allianz bleiben, und wir können auf jedes politische Abkommen, auf jede politische Verpflichtung verzichten, die unsere Entscheidung von einer dritten Autorität abhängig machen würde.

Harding erklärte, daß Amerika bereit sei, mit den anderen Nationen nach einem geeigneten Mittel zur Abrüstung zu suchen, um die auf den Völkern lastenden militärischen Ausgaben zu vermindern, und daß Amerika bereit sei, an jedem Programm mitzuwirken, das geeignet sei, die Kriegsgefahr zu vermindern. Wenn jedoch den Vereinigten Staaten trotz ihrer Haltung ein neuer Krieg aufgezwungen würde, so werde sich ganz Amerika materiell und moralisch der nationalen Verteidigung widmen.

Der Präsident sprach sodann von den wirtschaftlichen Rückwirkungen des Krieges auf den Handel und die Industrie der Vereinigten Staaten. Die Botschaft enthält keine Anspielung auf das Problem der Wiedergutmachung, über das augenblicklich in London diskutiert wird. Weder Frankreich noch Deutschland sind in der Botschaft erwähnt.

Diese Erklärung bedeutet zunächst eine Absage an den Völkerbund, darüber hinaus die Ablehnung an der europäischen Politik aktiv teilzunehmen. Amerika will seine Selbständigkeit und Handlungsfreiheit wahren und sich von dem Bündnis mit der Entente loslösen. Das bedeutet freilich nicht im geringsten, daß Amerika nun etwa gegen die Entente auftreten und Deutschland irgendwie unterstützen werde. Jede solche Hoffnung wäre eine Illusion. Die Vereinigten Staaten werden sich vielmehr von der europäischen Politik so sehr als möglich zurückzuziehen trachten und nur ihre unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen wahren.

Daneben stellt Harding die Abrüstung in den Vordergrund. Die Vereinigten Staaten haben während des Krieges gezeigt, welche außerordentliche militärische Macht sie bei ihren ungeheuren wirtschaftlichen Hilfsquellen auch ohne stehende Armee und ohne starke Flotte zu entfalten imstande sind. Zugleich hat der Krieg bewiesen, welch schlechtes Geschäft er schließlich für die gesamte Weltwirtschaft bedeutet. Daher die Tendenz, statt der bewaffneten Konkurrenz es lieber mit der Methode von Kartellvereinbarungen zu versuchen. Für die Vereinigten Staaten kommt dabei hauptsächlich Japan und England in Frage. Ob Harding bei den bestehenden Machtrivalitäten Erfolg haben wird, steht dahin. Sicher ist nur, daß im Hintergrunde dieses Versuchs der Wille der Vereinigten Staaten steht, beim Scheitern des Abrüstungsplanes sich die stärkste Kriegsflotte zu schaffen.

Der Raubzug gegen die ungarischen Gewerkschaften

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Wien, 4. März.

Die Horthy-Regierung will den Setzerstreik in Budapest zum Vorwand nehmen, um den lange geplanten Raubzug gegen die Gewerkschaftsvermögen auszuführen und die Gelder der Gewerkschaften den Offiziersorganisationen in die Hände zu spielen. Sie wird in den nächsten Tagen einen Gesetzentwurf einreichen, durch den unter dem Vorwand, daß die Gewerkschaftsgelder bisher politischen Zwecken gedient haben, den organisierten Arbeitern jedes Verfügungsrecht über die Gewerkschaftsfonds genommen werden soll.

Der Streik dauert weiter fort. Die Zahl der streikenden Druckereiarbeiter in Budapest beträgt 6000. Das von weißgardistischen Streikbrechern hergestellte Regierungsblatt droht mit gewaltsamen Maßregeln, wenn die Arbeiter die Anerkennung ihrer Vertrauensmänner noch weiter zu fordern wagen.

Der diebische Plan der Horthy-Regierung vervollständigt das Bild, das das ungarische „Paradies" der christlich-nationalen Herker gegenwärtig bietet. Der geplante Raubzug gegen die Gewerkschaftsvermögen der ungarischen Arbeiter muß schon jetzt den schärfsten Protest der Arbeiterschaft hervorrufen. Wir zweifeln nicht, daß die Gewerkschaften in allen Ländern den ungarischen Genossen beistehen werden, sich des Anschlages der Horthy-Regierung zu erwehren.

Militärrevolte in Ungarn

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Wien, 4. März.

In Raab fand in den vergangenen Tagen eine Militärrevolte statt. Graf Bay und Baron Nevay, zwei Soldatenschinder, ließen einen Zugführer anbinden und quälten den ohnmächtigen Soldaten in so tierischer Weise, daß sich die Mannschaft des Gequälten annahm. Als die Offiziere die Waffen gegen sie gebrauchen wollten, wurden sie getötet.

Zwei Kompanien, darunter auch die Offiziere, schlossen sich den Meuternden an. Als Artillerie und Maschinengewehre gegen sie aufgefahren wurden, ergaben sie sich. 31 Meuternde wurden hingerichtet, unter ihnen befanden sich die Hauptleute Karoliath und Kolton Kiraly.

Sie drücken sich

Die bayerische Einwohnerwehrfrage

TU. München, 4. März.

Im Finanzausschuß des Landtages sollte heute die Einwohnerwehrfrage besprochen werden. Die Koalitionsparteien des Landtages gaben aber Erklärungen ab, wonach es mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Vorgänge in London im Interesse der „Geschlossenheit der deutschen Volksstämme" notwendig sei, die Aussprache im gegenwärtigen Augenblick noch zu vertagen. Der Ministerpräsident erklärte, daß die bayerische Regierung gern bereit sei, die Einwohnerwehrfrage vor der breitesten Oeffentlichkeit zu besprechen. Es beständen aber große Bedenken dagegen, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt der politischen Hochspannung durch eine politische Aussprache Gegensätze zutage treten, welche die Stellung der deutschen Delegierten in London sehr erschweren können. Wir ständen gegenwärtig in der schwersten Stunde des deutschen Volkes. Die Regierung bittet daher dringend aus politischen Erwägungen heraus von der Behandlung der Einwohnerwehrfrage im gegenwärtigen Zeitpunkt abzusehen. **Gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien wurde sodann die Einwohnerwehrfrage vorläufig von der Tagesordnung abgesetzt.**

Der Generalstreik in Stettin

Von zuständiger Stelle erfahren die V. V. N. zu dem am 4. März mittags ausgebrochenen Generalstreik in Stettin noch folgendes: Die Ortsverbände der Deutschen Gewerkschaftsvereine der Angestellten und des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes sind gegen den Streik, ebenso der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsverein der Deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. Gemäß Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. 11. 1920, wird der Oberpräsident dafür Sorge tragen, daß die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung aufrechterhalten werde. Am 3. März abends hat die Versammlung der Betriebsräte in Stettin, die den Generalstreik beschlossen hat, gleichzeitig den Entschluß gefaßt, **an den Reichsarbeitsminister eine dreigliedrige Deputation zu senden.**

*

Sollte der Oberpräsident damit, daß er gemäß jener Ebertverordnung vom November vorigen Jahres, die den in öffentlichen Betrieben Beschäftigten das Streikrecht abspricht, für die Wasser- und Kraftversorgung sorgen will, andeuten wollen, daß er Gewaltmaßnahmen zu ergreifen gedenkt, so wird die Lage damit nur verschärft werden. Bleibt die Stettiner Arbeiterschaft einig und besonnen, so wird sie dieses schwere, vom Unternehmertum skrupellos provozierte Ringen erfolgreich bestehen.

Das Einkommensteuergesetz

Der Steuerausschuß des Reichstages hatte vor einer Woche seine Beratungen unterbrochen, da die Regierungsparteien den Wunsch hatten, unter sich und mit der Regierung zu einer Verständigung über die Novelle zu kommen. In der Sitzung vom Freitag legten sie diese sehr umfangreichen neuen Vorschläge und Anträge vor.

Der Berichterstatter Abg. Pohlmann (Dem.) verwies zunächst auf die vorausgehenden Verhandlungen des Ausschusses und über die Ursachen der Schwierigkeiten bei Durchführung des Einkommensteuergesetzes. Die Regierung habe im § 29 vorgeschlagen, Veranlagungs- und Erhebungszeitraum zusammenzulegen, und der Ausschuß sei diesem Vorschlage gefolgt. Man würde niemals zur Ruhe kommen, wenn ein großer Teil der Steuerzahler, die Lohn- und Gehaltsempfänger, sagen könnten, wir müssen die Steuer sofort bezahlen, während die hohen Einkommen erst nachträglich herangezogen werden. Statt des Lohnabzugs soll nunmehr die Lohnsteuer gesetzt werden, so daß mit dem Abzug die ganze Steuer bezahlt ist. Im Hinblick auf die Geldentwertung sei der Steuertarif nicht mehr haltbar. Es solle nun bis zu Einkommen in Höhe bis 24 000 M. Jahreseinkommen ein Betrag von 10 v. H. als Steuer erhoben und so eine bedeutende Ermäßigung durchgeführt werden. Für die über 24 000 Mark hinausgehenden weiteren 6000 M. werden 20 v. H., für die weiteren angefangenen oder vollen 5000 M. sollen 25 v. H. erhoben werden. Der Tarifvorschlag geht bis zu einer Einhebung von 60 v. H. des Einkommens. Das Existenzminimum sei in der gegenwärtigen Form nicht mehr zu halten. An Stelle des vorher in Anrechnung zu bringenden Existenzminimums soll der Abzug bei der Steuer treten.

Als Mitberichterstatter verwies Abg. ten Hompel (Ztr.) auf die Abänderungsvorschläge betreffend die Abschreibungen und Erneuerungsfonds. Der Begriff „Wertminderung" sei nicht mehr haltbar. Es soll der Abnutzungswert, der Wert der Ersatzbeschaffung für eine abgenutzte Sache, Maschine usw. bei der Steuerberechnung in Ansehung gebracht werden.

In der kurzen Aussprache erklärte Abg. Keil (Soz.), er habe den Eindruck, daß die Vorschläge den Zweck verfolgen, die Milderung der Einkommensteuer auf einem anderen Wege zu erreichen als den, den man bisher beschreiten wollte. Dieser Eindruck werde insbesondere hervorgerufen durch die neuen Vorschläge über die Besteuerung der Veräußerungsgewinne und die Abschreibungen. Abg. Dr. Helfferich (Din.) erklärte sich im allgemeinen mit den Vorschlägen einverstanden, und bestätigte damit indirekt die Meinung, daß die Besitzenden nun doch auf einem anderen Wege zu ihrem Teil kommen.

Die weitere Beratung der Vorschläge soll am Dienstag stattfinden, wenn sie gedruckt vorliegen.

Aus der Paroleschmiede

An der Spitze der Donnerstag-Morgenausgabe der „Roten Fahne" konnte man einen Artikel von Stecklow aus der „Prawda" lesen, der sich mit dem Aufruf des Gewerkschaftsbundes gegen die Ententeforderungen beschäftigte. Es stand darin, daß es sich bei ihnen nur um einen indirekten Angriff auf das Proletariat handele. Und dann hieß es:

„Indessen zur gegenwärtigen Stunde und direkt ist es nur ein Angriff der Ententebourgeoisie gegen die deutsche Bourgeoisie. Wenn in Deutschland die Arbeiterklasse an der Macht wäre, dann hätten wir das Recht, von einem unbestreitbaren Anschlag gegen das Proletariat zu sprechen. Aber das ist nicht der Fall."

So konnten die Leser der „Roten Fahne" auf der ersten Spalte wörtlich lesen. Kamen sie aber weiter zur dritten Spalte, so fanden sie einen schwergelehrten Artikel von Thalheimer über die Londoner Verhandlungen, worin ihnen gerade das Gegenteil auseinandergesetzt wurde. An dieser Stelle hörten sie folgendes:

„Die Lage in London ist von furchtbarer Einfachheit für das deutsche Proletariat. Zwei kapitalistische Raubtierbanden stehen sich gegenüber: hier das englisch-französische Kapital, dort das deutsche Kapital. Hier die politischen Agenten des französischen und englischen Imperialismus, dort die Marioneiten der Stinnes, Rathenau und Konsorten. Um was geht der Kampf? Um nichts anderes, als um die Haut der deutschen Arbeiter. Und ganz einfach darum, wer die größere Portion davon kriegen soll, die deutschen, die französischen oder die englischen Stinnes."

Wer hat in diesem Wettstreit recht, Thalheimer oder Stecklow? Soll sich die deutsche Arbeiterklasse um die Auseinandersetzungen zwischen dem alliierten und dem deutschen Kapital kümmern oder nicht? Sollen die deutschen Arbeiter in frommer Ergebung die weitere Entwicklung abwarten oder sollen sie sich zum Kampfe gegen das Kapital erheben? Man sieht, daß es nicht so einfach ist, hinter die Geheimnisse der kommunistischen Parolen zu kommen. Und da die Zentrale der deutschen Kommunisten nicht, wie in dem Falle der italienischen Parteispaltung, warten wollte, bis das Orakel von Moskau seinen Spruch gefällt haben würde, so behalf sie sich damit, daß sie beide Parolen in eins zusammenfaßte.

Und so konnte man in der Freitag-Morgenausgabe einen Aufruf lesen, worin dem „Proletariat" zuerst nach der Parole von Stecklow klargemacht wurde, daß es sich zwar um den Streit der deutschen Kapitalistenklasse mit der der Entente nicht kümmern brauchte, dahinter aber nach der Thalheimerschen Parole zum Kampf gegen dieselbe Kapitalistenklasse aufgerufen wurde. Dieser Kampf besteht vorläufig allerdings nur in einer Kundgebung, vielleicht schließt sich aber noch einmal eine einstimmige Annahme des berühmten „offenen Briefes" an.

Nun kann ohne Zweifel eine Kundgebung der Arbeiterklasse zu einem gewichtigen Kampfesmittel werden, wenn die Bourgeoisie weiß, daß hinter ihr das ganze Proletariat oder der größte und tatkräftigste Teil steht. Ein lehrreiches Beispiel dafür waren die Kundgebungen, die die Unabhängige Sozialdemokratie im Sommer 1919 veranstaltete, als es sich um die Annahme oder Ablehnung unserer Partei war es zu verdanken, daß das deutsche Volk vor einem neuen Aufflammen des Kriegswahnsinns mit allen seinen Folgen verschont blieb.

Aber solche Kundgebungen meinen die Kommunisten nicht. Neben dem Aufruf an das „Proletariat" steht ein Leitartikel, in dem alle Arbeiter, die nicht der kommunistischen Führung folgen, und deren sind, wie man weiß, nicht ganz wenige, als „Handlanger der Bourgeoisie" beschimpft werden, und von deren Führern gesagt wird, daß sie sich in „eine Front mit der deutschen Bourgeoisie" begeben hätten. In dem Leitartikel der Freitag-Abendausgabe wird dieses einfältige Spiel fortgesetzt, indem alle Arbeiter, die die kommunistischen Parolen nicht befolgen, wiederholt als „Konterrevolutionäre" beschimpft werden.

Auf solche Weise führt man die Massen nicht in den revolutionären Kampf, mit solchen Mitteln eint man nicht das Proletariat zur gemeinsamen Aktion. Indem die Kommunisten mit ihren stündlich wechselnden Parolen sich an die Arbeiter wenden, denken sie nur an ihre eigenen elenden Parteizwecke. Indem sie das Proletariat angeblich zum gemeinsamen Kampf aufrufen, bereiten sie nur neue Spaltungen vor. Indem sie diejenigen Arbeiter, die nicht ihren Parolen folgen, als „Konterrevolutionäre" beschimpfen, besorgen sie die Geschäfte der Bourgeoisie. Wahrlich, wenn die Bourgeoisie noch keine kommunistische Partei hätte, sie müßte sie eilends ins Leben rufen!

Die gewaltige Mehrheit des Proletariats hat es satt, auf das mißtönende Geräusch zu hören, das aus der Parolenschmiede an sein Ohr dringt. Die deutsche Arbeiterklasse weiß, daß es auf der Wacht stehen und jeden Tag bereit sein muß, um den Kampf gegen ihren Feind, den Kapitalismus, durchzuführen. Aber sie wird diesen Kampf nicht führen unter den Parolen, die von den Strategen an der der Moskwa oder von den Strategen an der Spree ausgegeben werden, sie wird den Kampf auch nicht zu einem Zeitpunkt führen, der der Bourgeoisie erwünscht ist, sondern sie wird ihn führen unter den Bedingungen, die sie selbst als die gegebenen ansieht.

Einen Putsch beginnen kann jeder Stoecker oder Brandler; einen Kampf siegreich durchzuführen vermag nur die zur einheitlichen Aktion entschlossene Arbeiterklasse.

Der Fall Erzberger

Vorlage eines schriftlichen Berichts

Die Erzbergersche Steuerangelegenheit beschäftigte am Donnerstag den Geschäftsordnungs-Ausschuß des Reichstags. Erzberger hat in einem sehr energisch gehaltenen Schreiben an den Ausschuß die Behandlung seiner Steuerangelegenheit als einen politischen Skandal bezeichnet und die Aufhebung seiner Immunität verlangt, damit endlich Klarheit geschaffen werden konne. Nach verschiedenen Fragen einzelner Abgeordneter ergriff der Finanzminister Dr. Wirth das Wort und verlas die in der Sache vorliegenden Akten. Danach hat der Präsident des Staatssteueramts Charlottenburg in einem eingehend gehaltenen Bericht schon im November 1920 festgestellt, daß sich keinerlei Anhaltspunkte ergeben hätten, nach welchen eine Steuerhinterziehung Erzbergers beabsichtigt gewesen sei oder vorgelegen habe. Anderer Ansicht war dagegen der Abteilungspräsident Falkenhahn im Landesfinanzamt, der eine weitere Untersuchung der Steuerangelegenheit Erzbergers forderte. Dieser Auffassung widersprach der Präsident des Landesfinanzamts Heinke. Es entspann sich nunmehr ein Kampf zwischen Falkenhahn und Heinke, der damit abschloß, daß das preußische Finanzministerium die Akten der Staatsanwaltschaft überwies. Während also die Präsidenten Häring und Heinke zu dem Ergebnis kamen, daß der Vorwurf wissentlicher oder tatsächlicher Steuerhinterziehung Erzberger nicht gemacht werden könne und damit das Verfahren gegen Erzberger normalerweise erledigt sein müßte, setzte Präsident Falkenhahn die Uebergabe der Akten an die Staatsanwaltschaft durch. Falkenhahn sagte auch in einem Bericht, daß die ganze Angelegenheit Erzberger seinerzeit seiner Bearbeitung von höherer Stelle aus entzogen worden sei. Diese Behauptung ist, wie Dr. Wirth nachwies, unwahr. In der Diebstahlsangelegenheit (Wegnahme der Erzbergerschen Steuerakten, Photographieren derselben usw.) sind sämtliche Steuerbeamte unvereidigt vernommen worden. Die ganze Angelegenheit soll dem Reichstag in einem schriftlichen Bericht unterbreitet werden. Die Aufhebung der Immunität wurde entsprechend dem Gesuch Erzbergers mit allen gegen vier Stimmen (U. S. P. und Kommunisten) beschlossen.

*

Als Rache gegen die Mitteilungen Dr. Wirths wird in der deutschnationalen Presse die Behauptung aufgestellt, daß im Oktober vorigen Jahres der Präsident des Landesfinanzamtes Groß-Berlin telephonisch zum Unterstaatssekretär im Reichsfinanzministerium, Herrn Moesle bestellt worden, und daß bei dieser Besprechung nicht nur über den Fall Erzberger verhandelt worden sei, sondern, daß dort der Auftrag erteilt worden ist, die Steuerakten eines bekannten deutschnationalen Abgeordneten einer eingehenden Nachprüfung zu unterziehen. Dies sei wohl in der stillen Hoffnung geschehen, daß man damals dem Fall Erzberger einen anderen Fall gegenüberstellen konnte.

Voll Wonne bemerkt Kerkhoffs Leiborgen, die „Deutsche Tageszeitung" zu dieser Mitteilung, nun sei es nicht ausgeschlossen, daß zu dem „Fall Erzberger" ein „Fall Wirth" hinzukäme. Dieses Gesindel bleibt sich doch immer getreu.

Der Reichsparteitag der Zentrumspartei wird in den Tagen vom 10.—12. April einschließlich in Berlin stattfinden. Für die Verhandlungen des Parteitages sind nur zwei Referate vorgesehen, und zwar eins über die politische Lage und ein zweites über Organisationsfragen.

Streik in luxemburgischen Fabriken. In Differdange und Rodange im Großherzogtum Luxemburg sind in mehreren Fabriken Streiks ausgebrochen. Die Arbeiter wollten einige Fabriken besetzen. Freiwillige und französische Jäger haben das aber verhindert. Die Fabriken sind jetzt von den Truppen besetzt worden. Die Arbeiter beschlossen nunmehr, die Arbeit wieder aufzunehmen, aber innerhalb zweier Tage wieder in den Generalstreik zu treten, wenn die entlassenen Arbeiter bis zu diesem Tage nicht wieder aufgenommen sind. Es fanden einige Zusammenstöße statt, mehrere Führer wurden verhaftet, sind aber später wieder freigelassen worden.

Der Reichstag und die Weltkrise

Loebe verweigert das Wort / Große Lärmszenen / Unterbrechung der Sitzung

Im Reichstage kamen gestern mehrfach zu stürmischen Auseinandersetzungen, die schließlich zu einer vorzeitigen Unterbrechung der Sitzung führten. Entsprechend der Wichtigkeit der Londoner Verhandlungen und der Notwendigkeit, keine Zeit zu verlieren, um über die Stellungnahme der Volksvertretung Klarheit zu schaffen, beantragten die Unabhängigen die Londoner Verhandlungen als ersten Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung zu setzen. Dieser Antrag wurde aber gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Kommunisten abgelehnt.

Nach der Erledigung kleiner Anfragen beantragte der Abgeordnete Schiffer die Beratung des Vertrages über die Reeder-Abfindung von der Tagesordnung abzusetzen. Veranlassung dazu gab die Furcht der Bürgerlichen, daß bei diesem Punkt die ihnen unbequemen Vorgänge in Flensburg und Stettin zur Sprache kommen würden. Deshalb widersprach der Genosse Vogtherr diesem Antrage energisch. Es sei ein dringendes Interesse, diese Angelegenheit sofort zu besprechen, zumal in Stettin bereits ein Generalstreik ausgebrochen sei. Dem suchte Hermann Müller durch den Hinweis zu widersprechen, die Vorgänge in Stettin seien doch im Hinblick auf die Vorgänge in London eine Angelegenheit von minderer Bedeutung, ohne aber den Widerspruch zu erkennen, der zwischen diesen Worten und der vorherigen Abstimmung der Rechtssozialisten lag, bei der sie mitgeholfen hatten, die sofortige Aussprache über die Londoner Verhandlungen zu verhindern. In seinem Bemühen, die inneren Gegensätze zwischen den Parteien nicht hervortreten zu lassen, übersah Müller aber völlig die große politische Bedeutung der Vorgänge in Flensburg und Stettin. Zeigt sich doch gerade in den Flensburger Vorgängen bei dem Stapellauf des Dampfers „Tirpitz" das deutliche Bestreben jener Deutschnationalen und jener Stinnes-kreise, den Gegensatz zur Entente mit allen Mitteln zu verschärfen.

Die sozialistische Arbeiterschaft aber muß ein solches Treiben, das in dem gegenwärtigen Augenblick nur außerordentlich schädlich wirken kann, entschieden bekämpfen, nicht nur wegen des Versuchs, der Entente jeden Vorwand für ihre Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland zu nehmen, und ihr den guten Willen insbesondere der Arbeiterschaft zur Verständigung zu zeigen, als auch wegen der Notwendigkeit, die deutsche Bourgeoisie wegen ihres Verhaltens nach außen und nach innen energisch zu bekämpfen. Daß die Rechtssozialisten der Unabhängigen Partei auf diesem Wege nicht folgten, ist ein Zeichen für das Anwachsen jener Stimmung, die jahrelang in dem Burgfrieden seinen Ausdruck fand. Der unabhängige Antrag wurde abgelehnt.

Unmittelbar darauf erhielt der Präsident Löbe die wörtliche Uebersetzung eines Teils der Rede von Lloyd George, den er zur Verlesung brachte. Die von ihm daran geknüpften Worte, „es werde in diesem Hause wohl niemand sein, der die Bestimmungen mit dem Versailler Friedensvertrag für vereinbar halte", löste minutenlangen Beifall und lautes Händeklatschen aus, das von den Rechtssozialisten bis zu den Deutschnationalen reichte. Als darauf Adolf Hoffmann sich zum Wort meldete, und an die Rednertribüne trat, tobte die Rechte, die sich schon vorher gegen die Linke außerordentlich angriffslustig gezeigt und mit Schimpfworten gegen sie nicht gekargt hatte. Der Lärm war so groß, und steigerte sich noch, als Löbe erklärte, daß er das Wort zur Geschäftsordnung niemanden erteilen werde. Als der Lärm sich nicht legte, unterbrach er die Sitzung und beraumte eine neue Sitzung auf 3½ Uhr an.

Daß es zu diesen Szenen kam, ist neben den Bemerkungen Loebes vor allem der provokatorischen Haltung der bürgerlichen Parteien zuzuschreiben, die das Aussprechen jeder abweichenden Meinung zu verhindern suchen. Ohne den von ihnen heraufbeschworenen Tumult wäre es sicherlich möglich gewesen, in sachlichen Geschäftsordnungsbemerkungen zu Loebes Folgerungen aus der Rede von Lloyd George kritisch Stellung zu nehmen. Loebe, der nur einen Teil der Rede Lloyd George hatte, war anscheinend selbst überrascht von der Wirkung, die seine Worte auslösten, und er nahm zu dem Ausweg der vorzeitigen Schließung der Sitzung anscheinend nur seine Zuflucht, weil ihm die Unruhe die Geschäftsführung unmöglich machte.

Im Aeltestenausschuß, der unmittelbar darauf zu diesen Vorgängen Stellung nahm, unterstützten die Rechtssozialisten und die bürgerlichen Parteien das ungeschickte Verhalten Loebes, insbesondere die Wortverweigerung an Adolf Hoffmann und Crispien. Hermann Müller verteidigte es, daß Loebe eine Worterteilung verweigert habe, da es in das Belieben des Präsidenten gestellt sei, das Wort zur Geschäftsordnung zu erteilen oder nicht. Er rechtfertigte somit jene Bestimmung, die bei den Kämpfen um den Zolltarif im Jahre 1902 von der rücksichtslosen Mehrheit gegen den schärfsten Widerstand der Sozialdemokraten beschlossen worden war! Da unsere Genossen aber darauf beharrten, das Wort zur Geschäftsordnung zu erhalten, verzichteten schließlich die bürgerlichen Parteien auf die Fortführung der Sitzung. Es wurde dem Präsidenten überlassen, zu Beginn der heutigen Sitzung das Wort zur Geschäftsordnung zu erteilen, was Loebe auch zusagte.

Sitzungsbericht

75. Sitzung. Freitag, den 4. März 1921, 2 Uhr.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung mit folgender Erklärung: In der Angelegenheit, die uns jetzt alle auf das tiefste berührt, nämlich in der Frage der Londoner Verhandlungen, habe ich mich an die Reichsregierung gewandt mit der Frage, ob sie bereits in der Lage sei, dem Reichstage Mitteilungen über den Stand der Angelegenheit zu geben. Die Reichsregierung hat diese Frage verneint, da die Informationen seitens der Londoner Delegation noch nicht vollständig seien und der Text der Ausführungen des englischen Premierministers noch geprüft wird. Ich füge hinzu, daß ich mich ständig in engster Fühlung mit dem Kabinett halte und daß zur Zeit neue Informationen nicht eingegangen sind. Es ist zunächst abzuwarten, bis der amtliche Wortlaut der entscheidenden Sätze in Lloyd Georges Rede vorliegt.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Ich bedauere, dem Präsidenten widersprechen zu müssen. Wir halten es für durchaus notwendig, daß der Reichstag sofort in die Besprechung der Londoner Forderungen eintritt. Wir können nicht abwarten, bis der Wortlaut vorliegt und die Reichsregierung Stellung genommen hat. Die Tatsachen für eine solche Erörterung liegen bereits vor. Wir versprechen uns von den Aeußerungen der Parteien im Hause eine größere Wirkung als von der Erklärung der Regierungsvertreter allein. Wir dürfen auch bei dem kurzen Termin keine Zeit verlieren und man darf nicht auf die unselige Idee kommen, die Vorschläge von irgendeiner Seite für undiskutierbar zu erklären, damit nicht der Vorwand für weitere drakonische Forderungen geliefert wird.

Abg. Levi (Kom.): Bedauerlicherweise geben die Aeußerungen der Deutschen Regierung dem Reichstag genug Grund zur Erörterung. Wir müssen sprechen, so lange die Dinge noch im Fluß sind.

Der Antrag Ledebour, sofort in eine Besprechung der Londoner Forderungen einzutreten, wird gegen Unabhängige und Kommunisten abgelehnt. — Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein. Ein Schreiben der Reichsregierung, in der die Bildung einer gemischten Kommission zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung empfohlen wird, geht an einen Ausschuß.

Kleine Anfragen

Abg. Giebel (Soz.) fragt an, ob und wann das Reichsfinanzministerium eine Verordnung über die Bildung von Gesamtbetriebsräten für seinen Geschäftsbereich beraten werde. — Es wird mitgeteilt, daß Verhandlungen schweben, an denen die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer beteiligt werden.

Auf die Anfrage von Frau Juchacz (Soz.), ob in absehbarer Zeit dem Reichstag ein Reichswohlfahrtsgesetz vorgelegt werde, wird geantwortet, daß noch keine Entscheidung erfolgt sei, ob an Stelle des Unterstützungswohnsitzgesetzes und der neueren sozialpolitischen Gesetze ein Reichswohlfahrtsgesetz zu schaffen ist.

Stettin und London

Es folgt die erste Beratung des zwischen dem Deutschen Reich und der Recherei-Treuhand-Gesellschaft m. b. H. in Hamburg abgeschlossenen Reederei-Abfindungsvertrages.

Abg. Schiffer (Dem.) beantragt mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage Absetzung von der Tagesordnung.

Abg. Vogtherr (U. Soz.): Ich widerspreche dem Antrag. Sie wollen hier den Eindruck erwecken, als sei in diesen Fragen eine Einheitsfront vorhanden. Das wird Ihnen (nach rechts) nicht gelingen. Wir müssen bei diesem Gegenstand die Ereignisse auf der Bullenwerft in Stettin zur Sprache bringen. (Unruhe rechts. — Zurufe: Zur Geschäftsordnung!) Heute mittag, 12 Uhr, ist in Stettin der Generalstreik ausgebrochen. (Große Unruhe. — Zuruf: Wer ist schuld daran?) Er wurde herbeigeführt durch das mangelnde Entgegenkommen der Reeder. (Der Präsident ersucht den Redner, zur Geschäftsordnung zu sprechen.) Auch die Vorkommnisse in anderen Orten geben Veranlassung zur Erörterung. Alle diese Dinge wollen wir zur Sprache bringen.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Auf Veranlassung des Arbeitsministeriums werden morgen Ausgleichsverhandlungen stattfinden. Von viel größerer Bedeutung als Stettin ist das, was sich jetzt in London abspielt. Darauf müssen wir Rücksicht nehmen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Levi (Kom.): Wenn Herr Müller London für so wichtig hält, warum hat er dann nicht für die sofortige Besprechung der Londoner Forderungen gestimmt?

Abg. Vogtherr (U. Soz.): Hier vor aller Oeffentlichkeit sollte über London verhandelt werden, aber nicht in den Fraktionsstuben, das würde auch auf das Ausland einwirken. Die Verlogenheit von 1914-1918 muß endlich einmal aufhören, das sollten sich die Herren von Rechts merken. (Große Unruhe. — Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung.)

Abg. Müller-Franken (Soz.): Es ist mir gar nicht eingefallen, die Vorgänge in Stettin irgendwie zu unterschätzen, aber wir sind darüber noch gar nicht genau genug informiert. (Zuruf der Kommunisten: Aber wir! Großer Lärm.) Der Streik ist nicht mit der im Gewerkschaftsstatut vorgesehenen Mehrheit beschlossen worden. Im Verhältnis zu London sind die Vorgänge in Stettin für unser Wirtschaftsleben nicht von so überragender Bedeutung.

Abg. Vogtherr (U. Soz.): Wir sind über Stettin genügend informiert. Es ist eine Anzahl Stettiner Arbeiter im Hause, die eine Besprechung der Angelegenheit fordern.

Der Antrag Schiffer wird gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen.

Der Eindruck der englischen Erklärung

Präsident Löbe: Der Wortlaut der entscheidenden Sätze des englischen Premierministers ist mir soeben zugegangen, ich bringe ihn dem Hause zur Kenntnis. (Der Präsident verliest die Erklärung Lloyd Georges über die Sanktionen. Das Haus hört die Mitteilungen in lautloser Stille an, nur bei den Kommunisten ertönen hier und da halblaute Zwischenrufe.)

Es wird wohl niemand in diesem Hause gehen, der diese Bestimmungen mit dem Versailler Friedensvertrag für vereinbar hält. (Großer anhaltender Beifall im Hause und auf den Tribünen. — Erbitterte Zurufe der Kommunisten und Unabhängigen. — Erneuter lebhafter Beifall. — Der Abg. Hoffmann (Kom.) begibt sich auf die Rednertribüne. — Die Abgeordneten der Rechten drängen in großer Erbitterung und erregt nach vorn und bedrohen den Abg. Hoffmann. — Zahlreiche Zurufe: Raus mit dem Kerl!)

Abg. Hoffmann: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung.

Präsident Löbe: Das Wort zur Geschäftsordnung erteilt der Präsident nach seinem Ermessen. Ich habe das Wort zur Geschäftsordnung niemand erteilt und werde es in diesem Augenblick auch niemand geben. (Stürmischer Beifall im ganzen Hause. — Lärm bei Unabhängigen und Kommunisten. — Der Abgeordnete Hoffmann versucht zu reden.)

Präsident Löbe: Herr Hoffmann, Sie haben nicht das Wort. Ich bitte das Haus, die Geschäftsführung nicht durch unnötige Unruhe zu erschweren. Ich wollte mich mit den Herren, die sich zur Geschäftsordnung gemeldet haben, privatim verständigen. (Gelächter und ablehnende Zurufe auf der äußersten Linken.) Ich wollte sie darauf aufmerksam machen, daß der Präsident das Wort zur Geschäftsordnung nach seinem Ermessen erteilt. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit. — Lärm auf der äußersten Linken. — Zuruf des Abg. Hoffmann: Lesen Sie doch die ganze Rede vor.)

Präsident Löbe: Ich wäre diesem Wunsche gern nachgekommen, wenn mir die Rede in ihrem Wortlaut zur Verfügung stände. (Zurufe der Unabhängigen und Kommunisten: Hier haben wir sie ja!)

Präsident Löbe: Mir steht nur das zur Verfügung, was ich Ihnen vorgelesen habe. (Erneuter großer Lärm der äußersten Linken. Zurufe des Abg. Crispien: Dann hätten Sie sie sich verschaffen müssen! — Gegenkundgebungen der anderen Parteien. — Minutenlanger Lärm. — Die Abgg. Levi, Hoffmann (Komm.), Vogtherr (U.Soz.) verlangen das Wort zur Geschäftsordnung und zur Tagesordnung.)

Präsident Löbe: Das Wort zur Geschäftsordnung wird nicht erteilt. Die Tagesordnung steht fest. Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung. (Unabhängige und Kommunisten drängen nach der Rednertribüne und verlangen unter großem Lärm das Wort.)

Präsident Löbe: Dann vertage ich die Sitzung bis ½4 Uhr mit derselben Tagesordnung. Schluß 3 Uhr.

Um ¼4 Uhr erscheint der Präsident nicht im Saal. Um ½5 Uhr wird mitgeteilt, daß die nächste Sitzung erst am Sonnabend stattfindet; über die genaue Zeit wird noch Mitteilung gemacht werden. Schluß ½5 Uhr.

Das Verkehrswesen

Tuberkulosebekämpfung und Achtstundentag

In der Sitzung des Haushaltausschusses des Reichstages vom Freitag spielten sich einige bezeichnende Vorgänge ab. Ein Antrag der Unabhängigen forderte die Erhöhung der Kosten für bahnärztlichen Dienst um 20 Millionen, die zur Bekämpfung der Tuberkulose zu verwenden seien. Im Prinzip erklärten sich alle Parteien mit diesem Antrage einverstanden. In der Praxis wollten sie von ihm nichts wissen. Insbesondere hatte der Rechtssozialist Quessel starke Bedenken. Er warf die Frage auf, ob die Tuberkulose unter den Eisenbahnern wirklich so stark sei, es sei doch besser, erst eine Statistik abzuwarten. Rechtssozialisten und Bürgerliche stellten deshalb den nichtssagenden Antrag, erst im Nachtragsetat für 1921 Mittel dafür bereitzustellen. Dieser Antrag wurde angenommen, und der unabhängige Antrag abgelehnt. Die Zuweisung von Arbeit an die Bekleidungsämter, die von Frau Zietz und Schmidt (S. P. D.) verlangt wurde, wird von der Regierung für die Neubekleidung zugesagt.

Die in der Sitzung vom 28. Februar von dem Verkehrsminister erstatteten Angaben lagen jetzt gedruckt vor. Herr Groener rechnete hier heraus, daß der Achtstundentag einen Personenmehrbedarf von 30 Prozent, gleich 229 296 Köpfen, verursache, mit einem Kostenaufwand von 3,7 Milliarden Mark für das Jahr 1921. Darauf aufmerksam gemacht, daß die Umwandlung des Zehn- in den Achtstundentag doch höchstens 25 und nicht 30 Prozent betragen könne, weiß der Regierungsvertreter nichts weiter zu erwidern, als die frühere unbegrenzte Arbeitswilligkeit der Angestellten und Arbeiter zu loben, die selbst nach dem Zehnstundentag noch bereit waren, Arbeit mit nach Hause zu nehmen.

Aber selbst dann würde die Rechnung nicht stimmen, denn die Angestellten der Eisenbahnen arbeiteten früher durchschnittlich neun, die Beamten acht Stunden, es bleiben also nur übrig die Arbeiter mit zehn Stunden, für die allein eine 20prozentige Erhöhung eingetreten wäre. Aber auch das ist falsch denn die Dauer der Arbeitszeit ist durchaus nicht entscheidend für die Leistung. Groeners Zahlen sind demnach ebenso falsch wie seine Schlußfolgerungen. Je mehr Herr Groener mit Zahlen herumjongliert, um so deutlicher wird sein Ziel, die Aufhebung des Achtstundentages. Eisenbahner seid auf der Wacht!

Aus dem Wehrausschuß

Der ausgebliebene Herr Oberst

In der Freitagsitzung des Wehrausschusses des Reichstags, traf ein, was wir erwarteten und verlangt hatten. Oberst Freiherr Kreß von Kressenstein war nicht erschienen. Wir werden ihn hoffentlich nie mehr wiedersehen.

In der Debatte sprach sich Daumig (K. P. D.) für ein disziplinierteß Heer aus. Man darf, wie die Dinge jetzt liegen, keine Konzessionen an das Koalitionsrecht machen. Die Armee wird in Zukunft dasselbe sein, wie die Truppen der französischen Armee von 1848 während der Junikämpfe, die Napoleon auf den Thron gesetzt haben. Bei all den Versuchen, durch demokratische Palliativmittel einzugreifen, wird in der Praxis der Einfluß des Offizierkorps nicht berührt werden.

Zu dem Antrag der Rechtssozialisten beantragte unser Vertreter, daß die Vorgesetzten nicht das Recht erhalten sollen, Soldatenversammlungen zu verlegen. Daraufhin nahmen die Rechtssozialisten ihren Antrag zurück. Sie zeigten sich also der besseren Einsicht unserer Vertreter zugängig.

Reichswehrminister Geßler: Ich verlange von keinem Offizier, daß er aus seiner Gesinnung ein Hehl macht. Die Verfassung gibt die Gesinnung frei. Ich kann mir vorstellen, daß ein Monarchist der Republik durchaus loyal diene. In dem amerikanischen Kriege kämpfte hervorragend deutsche monarchistische Offiziere auf Seite der nordamrikanischen Republik. Auch früher waren die Sozialdemokraten im alten Heere gute Soldaten. Was in der Monarchie nicht zulässig war, ist auch in der Republik nicht zulässig.

von Schoch (D. V.): Der Sozialdemokrat Noske hat gesagt: „Wenn ich die Wahl habe zwischen einem monarchistischdenkenden tüchtigen Offizier und einem weniger tüchtigen sozialdemokratischen Offizier, dann befördere ich den ersteren."

Henning (D. N.): Auch ein monarchistischer Offizier muß für die Republik kämpfen. Manche Offiziere sind für die Republik gefallen. Zu meiner Freude hat der Herr Minister erklärt, er billige den Offizieren ihre Meinungsfreiheit zu.

Rosenfeld (U. S. P.): Diese Freude des Deutschnationalen müßte den demokratischen Minister stutzig machen. Ist das ein demokratischer Minister, der in solchen Fragen die Zustimmung eines Monarchisten findet? Wie kann der Minister sagen, daß auch ein Monarchist der Republik durchaus loyal dienen kann? Man stelle sich den Ernstfall vor: Ein monarchistischer Offizier steht auf der Barrikade und soll auf monarchistische Aufrührer schießen. Glaubt jemand, daß ein solcher Offizier in dieser Situation alle Pflichten erfüllt, die er gegenüber der Republik hat? Wenn die Republik sich auf solche Leute verlassen muß, dann ist sie verlassen. In Amerika kämpften in dem Bürgerkriege deutsche Offiziere auf beiden Seiten. Sie kämpften nicht für die Republik, sondern sie kämpften aus Abenteuerlust, auf der Seite, die den höchsten Sold zahlte oder die aus irgendwelchen Gründen ihre Sympathie hatte. Waren die Sozialdemokraten wirklich dem alten Heere gute Soldaten? Gewiß haben sie äußerlich alle Vorschriften befolgt, aber über den Dienst hinaus haben gute Sozialdemokraten auch im Heere vor und während des Krieges es als ihre Aufgabe angesehen, die sozialdemokratische Partei zu stützen. Außerdem bestand damals die Wehrpflicht. Jeder mußte Soldat werden, ob er wollte oder nicht. Wenn nach dem Grundsatz des Ministers in der Republik nicht zulässig ist, was in der Monarchie nicht zulässig war,

dann muß jeder monarchistische Offizier aus dem Heere entfernt werden. Die Berufung des Herrn von Schoch ausgerechnet auf Noske berührt uns nicht. Noske wird auch von einem Teil seiner Freunde abgeschüttelt. Manche Offiziere sind allerdings für die Republik gefallen. Aber sie hatten nicht die Absicht, für die Republik zu kämpfen, sie kämpfen für die heutige Republik gegen die revolutionären Arbeiter. Und sie hatten die Hoffnung, daß sie dadurch die kommende monarchistische Staatsform vorbereiten. Die Reichswehr wird erst dann politisch zuverlässig werden können, wenn der Grundsatz gilt: Die republikanische Armee und die Republik den Republikanern!

Bei der Abstimmung wurden die meisten Verbesserungsanträge unserer Vertreter abgelehnt. Es wurden nur zwei Anträge Dr. Rosenfeld und Genossen angenommen, nach denen gegen die Versagung der Genehmigung zum Abhalten von Soldatenversammlungen Beschwerde an den Minister möglich ist und ferner allen Soldaten bei irgend welchen ungünstigen Entscheidungen sofort mit der Zustellung Belehrung über die zulässige Beschwerde zu erteilen ist.

Nach den Beschlüssen des Ausschusses dürfen Soldaten nichtpolitischen Vereinen angehören, sofern nicht die Zugehörigkeit aus Gründen der militärischen Zucht und Ordnung verboten ist. — Soldatenversammlungen können verboten werden, wenn sie mit dem Dienstbetriebe oder mit der militärischen Zucht und Ordnung unvereinbar sind. Der Antrag Dr. Rosenfeld und Genossen, allen Soldaten außerhalb des Dienstes das Tragen von Zivil zu gestatten, wurde abgelehnt; auch einige Rechtssozialisten stimmten dagegen. Ebenso wurde der Antrag unserer Vertreter auf Verbot des Waffentragens außerhalb des Dienstes abgelehnt.

Der Ausschuß beendete alsdann die erste Ausschußlesung der Vorlage. Am Schluß stellte Dr. Rosenfeld als Vorsitzender des Ausschusses unter allgemeiner Zustimmung fest, daß der Bericht des Bureaus Baade-Gutmann über die Donnerstagsitzung völlig falsch ist.

Die zweite Lesung der Wehrgesetzvorlage wird am Dienstag beginnen.

Der Buchdruckerstreik in Budapest beendet. Der Ausstand im Buchdruckgewerbe ist beigelegt. Die Setzer haben die Arbeit aufgenommen. Die Verhandlungen über die Lohnfrage werden nunmehr fortgesetzt.

Der Völkerbund über Danzig. Der Völkerbundsrat prüfte das am 12. November 1920 zwischen Deutschland und der Freistadt Danzig geschlossene Abkommen, das sich auf das Dienstverhältnis der deutschen Beamten bezieht, die Danzig teilweise übernommen wurden, um die Abrechnung der deutschen Verwaltung durchzuführen. Der Rat beschloß, daß diese Beamten ihren Dienst am 1. Juli 1921 einstellen werden. Der Oberkommissar wird den Tag der Entlassung derjenigen bestimmen, die mit der Abrechnung der deutschen Verwaltung beauftragt waren.

Anstatt Reklame! Sonnabend, den 5. März, jedem Raucher ohne Kaufzwang **Anstatt Reklame!**

Probe-Zigarette „Mein Geschmack" Nr. 30 gratis!

Grundsatz:

Reklame-Ersparnis zugunsten des Rauchers! Probiere umsonst! so kaufst Du richtig! **Zigarettenfabrik „Serail" * Dresden**

Niederlage Brunnenstraße 42 / Interimstelephon Rollendorf 2885 / Zu haben in **Berlin** in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften wie nachstehend:

Norden:
Emil Andrée, Invalidenstraße 102
Gustav Bandilla, Müllerstraße 3b
M. Brock, Invalidenstraße 137
M. Buchholz, Brunnenstraße 106
Frey, Müllerstraße, Ecke Fennstraße
Artur Graff, Reinickendorfer Straße 118
Gebauer, Schönhauser Allee 147a
Greiert, Invalidenstraße 98
Jakob Hirschberg, Danziger Straße 66
Hennigs, Weinbergsweg 9
Hermann Köpp, Invalidenstraße 154
L. Kaisermann, Chausseestraße 131
A. Karras, Badstraße 44
H. Kugehl, Invalidenstraße 14
Roack, Chausseestraße 99
Felix Pusch, Chausseestraße 15
Rudolf Runge, Invalidenstraße 20
Seltzer, Badstraße 61a
Schlanger, Brunnenstraße 84
H. Schwarz, Pankstraße 65
Weinstein, Brunnenstraße 35
Water, Chausseestraße, Ecke Wöhlertstraße

Nord-Westen:
Casparetz, Luisenstraße 63
Dombrowski, Luisenstraße 8
Josef Frey, Neues Tor 4
M. Gorodecki, Luisenstraße 36
Fritz Kegel, Charlottenstraße 44

Nord-Westen
Koritzinski, Luisenstraße 16
Keim, Luisenstraße 41
Koch, Luisenstraße 30
H. Witt, Luisenstraße 38

Westen:
Heinrich von der Vretie, Mauerstraße 22
Jomait, Krausenstraße 54
S. Jungermann, Bülowstraße 18
Mühlmann, Leipziger Straße 113
Ramiger, Jägerstraße 54/55
Fritz Schäfer, Potsdamer Straße 80a
Irene Schenk, Potsdamer Straße 118c
Maria Schwarz, Potsdamer Straße 25
Paul Wollschon, Mauerstraße 91

Süd-Westen:
Siegmund Balsam, Kommandantenstr. 68/69
Paul Barthen, Kommandantenstraße 1/2
Oscar Blumenreich, Krausenstraße 42/43
Delang & Krumnow, Friedrichstraße 54
Regina Elser, Wilhelmstraße 114
Elbing, Königgrätzer Straße 78
Paul Goldstein, Wilhelmstraße 53
Paul Goldstein, Zimmerstraße 95
G. Gudiche, Belle-Alliance-Platz 3
Paul Kasit, Blücherstraße 14
August Krüger, Jerusalemer Straße 62
August Krietenstein, Friedrichstraße 32

Süd-Westen
Zigarrenhaus Klein, Friedrichstraße 225
Max Löwenthal, Jerusalemer Straße 19/20
Max Miastkowski, Junkerstraße 14
Merres jr., Kochstraße 55
Pollack & Co., Leipziger Straße 51
Rohdachin & Papierdrieck, Friedrichstr. 214
Paul Schulze, Markgrafenstraße 18
R. Stück, Blücherstraße 16
Schwalau, Charlottenstraße 76
Albert Schroff, Markgrafenstraße 12
Erich Ströch, Friedrichstraße 200
Franz Sobacki, Friedrichstraße 35
G. Vogt, Belle-Alliance-Platz 3
Wehrmann, Zimmerstraße 77
Wigard, Charlottenstraße 5
G. Zimmer, Friedrichstraße 37

Zentrum:
Leon Aft, Rosenthaler Straße 49
Philipp Baruch, Kaiserstraße 25
R. Gußmann, Gertraudenstraße 24
Kallmann, Rosenthaler Straße 10
Th. Köpp, Seydelstraße 17
Franz Schlosser, Neue Promenade 8

Süden:
Max Harmuth, Kommandantenstraße 55
Bruno Hickel, Kommandantenstraße 48
Hopp, Neue Jakobstraße 18

Süden
Kuckowsky, Alte Jakobstraße 92
L. Miedenwald, Kommandantenstraße 24
Wolf Mittelmann, Oranienstraße 70
Hans Niemann, Oranienstraße 138
H. Schult, Mayhachufer 10
Wachsner, Alte Jakobstraße 65

Osten
Brunn, Frankfurter Allee 24
Hertel, Holteistraße 62
Zimmermann, Fruchtstraße 30

Süd-Osten
Joh. Geske, Oranienstraße 15
F. Klein, Oranienstraße 165a
Leo Meiselmann, Oranienstraße 183
Georg Meyer, Reanderstraße 2

Nord-Osten
H. Düspohl, Prenzlauer Allee 29
Stefanie Plagens, Weberstraße 40a

Robert Eigner, Charlottenburg, Kleiststraße 24
R. H. Rekris, Schöneberg, Monumentenstraße 32
Elbing, Steglitz, Albrechtstraße 103
Wurzel, Britz, Burgerstraße 57
E. Bauer, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 17
Broger, Neukölln, Bergstraße 57
Broger G.m.b.H., Neukölln, Hermannstraße 93/94
P. Höhne, Neukölln, Jonasstraße 40

Im Berliner Theater tritt Fritzi Massari, die wegen Unpäßlichkeit am Auftreten verhindert war, ab heute wieder in der „Spanischen Nachtigall" auf.

Tivoli

Chausseestraße 25, am Stettiner Bahnhof
Heute und Täglich
Nadja Sobieska
die Nihilistin
Tochter eines nach Sibirien verbannt gewesenen russischen Revolutionärs
Dalia und Partner
Indische Schlangenbeschwörer und Fakire
sowie das große **Märzprogramm**
mit seinen **Weltattraktionen**
Beginn an den Wochentagen 8½ und Sonntags 5½ Uhr

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Montag, den 7. März 1921, abends 7 Uhr in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17-18
Branchenversammlung der Werkzeugmacher.
Tagesordnung:
1. Bericht über die letzten Tarifverhandlungen und Abstimmung darüber. 2. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Wer seine Altmetalle verkaufen will, wende sich zur Metallverwertung
Weißenburger Straße 11
Küpenicker Straße 121a
Reinickendorfer Straße 107
Gipsstraße 10, vorn 1 Treppe
Lothringer Str. 47, vorn l. R.
Humboldt 3302 - Preise einholen

Unserem Genossen
Franz Nowack
(„Wiener Franz")
und seiner lieben Frau zu ihrer Silberhochzeit
die herzlichsten Glückwünsche.
Der Vorstand und die Genossinnen und Genossen des 18. Distrikts.

Lokal-Redakteur

Die Stelle eines Lokalredakteurs ist ab 1. April neu zu besetzen. Parteigenossen, welche rednerisch und schriftstellerisch befähigt, sowie in allen Aufgaben eines Lokalredakteurs bewandert sind, wollen ihre Bewerbung, die eine kurze Schilderung ihres Lebenslaufes, die Dauer der Parteizugehörigkeit, sowie eine kurze Abhandlung über die Aufgaben eines Lokalredakteurs enthalten muß, bis zum 15. März an Herrn Curt Lehmann, Chemnitz, Agnesstraße 8 II einreichen.
Gehaltsanspruch und Referenzen sind anzugeben.

Verlag Chemnitzer Volkszeitung

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen gestorben sind:
Der Schlosser
Ernst Sy
Reinickendorf, Hansotierstr. 92.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 5. März, nachm. ½3 Uhr, von der Leichenhalle des Humboldt-Kirchhofes in Reinickendorf aus statt.
Der Dreher
Friedrich Leauclair
am 2. März.
Die Beerdigung findet am Montag, den 7. März, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weißensee aus statt.
Der Klempner
Otto Schlicht
am 1. März.
Die Einäscherung findet am Dienstag, den 8. März, nachm. 1 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße, statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin
Helene Liesch
Baumschulenweg, Marienthaler Straße 26, am 25. v. Mts. verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr: Das Postamt
Die Komödie der Irrungen

Neues Volkstheater
Küpenicker Str. 66
7½ Uhr: Perikles von Tyrus

Staatstheater.
Opernhaus
7 Uhr: Bohème
Schauspielhaus
7 Uhr: König Richard III.

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 U.: Die Jungfrau von Orleans
Kammerspiele
7½: Der König d. dunklen Kammer
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 U.: Danton (Aufl. Abonn.)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
8 Uhr: Salome
(Orska, Harlan, Hollmann, Ternburg, Brandes)
Sonntag: Salome
Montag: Jekaterina Iwanowna
Dienstag: Salome

Komödienhaus:
Das weiße Lämmchen
8 Uhr:
mit Max Pallenberg

Berliner Theater:
Die spanische Nachtigall
8 Uhr: mit Fritzi Massary (Behmann, Conny Sturm, Julius Brandt, Jankuhn)

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
Heute und Sonntag
7½ U.: Ein idealer Gatte
(Durieux, Hörbiger, Loos)
Montag 7 Uhr: Peer Gynt

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Scheidungsreise
(Max Adalbert)

Trianon-Theater
Täglich ½8 Uhr:
Die Gesellschaft des Abbé Chatesauneuf
(Leopoldine Konstantin, Ilka Grüning, Hanns Burg)
Hierauf: Abschieds-Soupée
Sonntag, 4 Uhr, halbe Preise:
Die Raschhoffs

Residenz-Theater
Täglich 7¼ Uhr:
Lady Windermeres Fächer
von Oscar Wilde
(Arnstädt, Sandrock, Torsta, Korff, Falkenstein, Otto, Hilmerich)
Sonntag, 4 Uhr, halbe Preise:
Die Freundin

Kleines Theater Unter den Linden 44
Täglich 7½ Uhr:
Casanovas Sohn
Sonntag, ½4 Uhr, kl. Preise:
Die Pfarrhauskomödie

Komische Oper
Allabendlich 7½ Uhr:
Liebe im Schnee

Rose-Theater
7½ Uhr:
Deserteure

Thalia-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Mascottchen

Theater am Rollendorfplatz
7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht . . .

Walhalla Theater
Täglich 7½ Uhr:
Der Vogelhändler

Casino-Theater ½8
Der Großfürst
Sonntag 3½: Höllenmusen

Folies Caprice ½8
(am Oranienburger Tor)
Plackettkultur
mit Ferd. Grünecker.

METROPOL
Nordendstraße 34
prima. 7¼ Uhr
14 Attraktionen

Theater a. Kottb. Tor
Tel. Moritzplatz 14514
Tägl.: 7½ und Sonntag nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
Neues Programm!
U. a.: Durch's Riesamt od. Zwangseinquartierg.
Vorverk.: 11—1½ u. 4—6 Uhr

7½ Apollotheater 7½
Sensations-Ausstattungsgroßhaus
Madame Dubarry's Liebesleben
mit der weltberühmten
Saharet

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Täglich:
Ein Strandfest
in Swinemünde
Nur für die ältere Jugend
Jugendliche unerwünscht

NEUE WELT
Hasenheide 108 - Hermannstraße 142-154
Täglich
bayr. Bierfest
Wunderbare Abendkostüme
tägl. 8 Uhr / 3 Kassen. / Sitzplatzverkauf

Spezial-Behandlung f. Geschlechts-, Haut-, Harn, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Syphilis, Blutunterfuch., spez. chron. Harnleid. u. Ausflüsse, Licht- u. Finsen-Behdlg. in der Heil-Anst. „Löser", nahe Alexanderplatz. **Dir. O. Löser, Münzstr. 9** 9-1, 4-8, Sonntags 9-1. Damen separat

Offene Füße
Krampfadergeschwüre, auch veraltete schmerzh. Wunden, Entzündung m. unerträgl. Jucken heilt ohne Nachteil u. trotzen Erfolgsberichten der milde u. wohltuende „Orlinda-Salbe", M. 14.50 u. 8.—. Zur gleichz. innerl. Kur Soltaxin-Blutreinigungspulver M. 4.50, Abführschachteln 13.—. Otto Reichel, Berlin 46, Eisenbahnstraße 4.

Geschlechts-
kranke finden, wenn alles andere versagt, nachweisbar noch Hilfe im Naturan-Institut (ärztliche Leitung), Blücherplatz 3. (Hallesch. Tor 10-1 4—8, Sonnt. 11—1. Damenzimmer separat. Jeder Kranke verlange Dr. med. Ludwigs Aufklärungsschrift für M. 1.60 im verschloss. Umschlag ohne Aufdruck. Angabe des Leidens erforderlich.

Danksagung
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten besten Dank und ein herzl. Lebewohl.
„Friedel"
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Berlin, den 4. März 1921.
Karl Dölle

Heute Eröffnung des Spezial-Geschäftes für
Aluminium-Haus- u. Küchengeräte
Billigste Einkaufsquelle hier am Platze
Beispiele: Aluminium-Wasserkessel 2½ Liter . . . . . Mk. 49.00
Fleisch- u. Schmortöpfe, 6 Töpfe, 16—26 cm, leichte Ausführ. v. Mk. 160.00—180.00
schwere Ausführung M. 265.00
Sieblkassarollen, 18, 20, 22 cm . . . . . Mk. 18.00, 20.80, 23.00
Schaum-Schöpflöffel, 10 cm . . . . . Mk. 7.50
Einzelne Töpfe in jeder Größe . . . . . von Mk. 15.00 an
Besichtigung ohne Kaufzwang / Aluminiumgegenstände werden zum Löten angenommen
Aluminiumhaus „Frico"
Potsdamer Straße 10

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstrasse 83—85.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Am Montag, den 7. März 1921, abends 7 Uhr in den Andreassälen Andreasstraße 21,
Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung

Zutritt nur gegen Vorzeigung der mit dem Verwaltungsstempel versehenen Legitimationskarten und des Mitgliedsbuches. Die Ortsverwaltung.

Herren- und Jünglingskleidung liefert preiswert
M. SCHULMEISTER
Dresdener Straße 4, Kottbuser Tor :: Herren- u. Knaben-Konfektionshaus

Groß-Berlin

Die Bildung der Bezirksämter

Die Verzögerung der Bildung der Bezirksämter bringt schwere Nachteile für die städtische Verwaltung in Groß-Berlin mit sich. Schon viel zu lange hat die Bildung gedauert. Jetzt, nachdem die Wahlen überall vollzogen sind, treten neue Verzögerungen ein. Es ist ganz unverständlich und auch unbegründet, wie wir wiederholt dargelegt haben, daß die getätigten Wahlen dem Oberpräsidenten zu Bestätigung eingereicht worden sind. Ein solches Recht des Oberpräsidenten kann aus dem Gesetz nicht hergeleitet werden; der Magistrat hätte deshalb die Wahlen dem Oberpräsidenten gar nicht vorlegen sollen.

Wie wir hören, will der Oberpräsident die Sache zurückstellen, bis die neue Regierung gebildet ist. Dann wird berichtet, daß man auch auf den Entscheid des Oberverwaltungsgerichts warten will. Selbst wenn eine Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung erfolgen würde, hätte eine solche mit der Bildung der Bezirksämter nichts zu tun. Es sind überall Kräfte am Werke, um Groß-Berlin nach weiter rückwärts zu revidieren.

Jetzt hat der Magistrat sich zur Sache geäußert. Aus dem Rathause wird mitgeteilt:

„Der Magistrat ist mit Rücksicht darauf, daß über die auf Verlangen des Oberpräsidenten zur Bestätigung eingereichten Wahlergebnisse für die Mitglieder der Bezirksämter, die zum Teil schon längere Zeit vorliegen, eine Entscheidung noch nicht ergangen ist, bei dem Oberpräsidenten dringend um Beschleunigung vorstellig geworden. Er hat darauf hingewiesen, daß es geboten sei, jedes Bezirksamt, sobald es gebildet sei, seine Tätigkeit beginnen zu lassen. Ein Abwarten, bis alle Wahlergebnisse vorliegen, sei weder nötig noch zweckmäßig. Der allmähliche Aufbau der neuen Berliner Verwaltung dürfe nicht länger verzögert werden.“

Der Magistrat sollte aber ebenfalls beschleunigt arbeiten, da nunmehr alle Wahlen vollzogen sind. Der „Vorwärts“ appelliert nunmehr an den Minister des Innern, damit er endlich Dampf hinter die Sache mache. Das hätte er schon früher tun sollen.

Ein „Protest“ des reaktionären Magistrats Charlottenburg

Der Direktor Burg von der Fürstin Bismarckschule in Charlottenburg hatte in seiner Schule reaktionäre, deutschnationale Demonstrationen geduldet, allen Verfügungen des Kultusministeriums zum Trotz. Der Kultusminister Haenisch hat mit einer in diesem Falle besonders erfreulichen Energie die Versetzung dieses unzeitgemäßen Herrn angeordnet. Dagegen wehrt sich nun der Magistrat Charlottenburg unter Berufung auf sein Recht als Patronatsbehörde und protestiert dagegen, daß er nicht gehört worden sei.

Wenn auch das Schulwesen in Groß-Berlin den Bezirken überlassen bleibt, so ist doch zweifellos auch dem Charlottenburger Magistrat bekannt, daß die Rechte zu selbständigen Maßnahmen auf den Groß-Berliner Magistrat übergegangen sind.

Wie nötig es im Interesse Groß-Berlins und der Bekämpfung der Schulreaktion ist, die alten Magistrate nicht mehr selbständig amtieren zu lassen, beweist der Charlottenburger Magistrat recht deutlich, wenn er sich in dieser Weise schützend vor den deutschnationalen Direktor stellt und dessen Handlungen, die den ministeriellen Verfügungen zuwiderlaufen, durch seine Stellungnahme als Behörde auch noch deckt!

Das neue Heim der Berliner Stadtbibliothek

Die Berliner Stadtbibliothek hat am Dienstag, den 1. März, nach mühevoller Umzugsarbeit und schwierigen baulichen Einrichtungen, ihre neuen Räume für die Berliner Einwohnerschaft im früheren königlichen Marstall eröffnet. Die Besichtigung durch Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung hat ergeben, daß hier eine große städtische Bildungsanstalt von volkstümlichem Gepräge und Weiterauswirkung erstanden ist. Der Umbau der Wagenhalle im ersten Obergeschoß durch Einbau von Wänden und Türen zu behaglichen und anheimelnden Bibliotheksräumen war sehr schwierig. Die Arbeiten wurden im stetem Einvernehmen mit der Bibliotheksleitung ausgeführt. Büchermagazine und Buchbindereien sind im Zwischenstock des Marstalles, Eingang Breite Straße 37, untergebracht, die Ausgabe und Annahme der Bücher, die Kleiderablage, der Lesesaal, die Arbeitsräume, die Zeitungs- und Zeitschriftenbestände befinden sich im ersten Obergeschoß und im zweiten Obergeschoß befinden sich das Bureau und die Stiftungsbibliotheken, die Friedlaendersche mit ihrer Literatur zur Geschichte der liberalen und demokratischen Reformbestrebungen von den vierziger Jahren bis 1866 (mit ihr in einem Raum die Basnersche Bibliothek sozialistischen Inhalts), die Sprichwörterbibliothek des Dr. Emil Jacobsen und die Bibliothek Ernst von Wildenbruchs mit der Schreibzimmereinrichtung des Dichters.

Die neuen Umsteigefahrscheine

Am nächsten Montag werden die ersten Umsteigefahrscheine für 1½ M. zum einmaligen Umsteigen ausgegeben. Die Ausgabe geschieht bahnhofsweise. Der neue Schein besteht aus einer Vorder- und Rückseite, die beide bedruckt sind, und zwar mit Feldern, die den Beamten und den Fahrgästen die Benutzung, Kontrolle und Uebersicht erleichtern sollen, damit Unstimmigkeiten vermieden werden. Jeder Fahrschein gilt nur zwei Stunden. Der Schaffner muß zur genauen Kontrolle jeden Fahrschein zweimal lochen. Einmal im Feld, das den Antritt der Fahrt genau markiert und dann ein zweites Feld zur Feststellung des Tages und der Stunde. Der Kontrolleur kann also genau feststellen, wo und wann die Fahrt begonnen hat, ebenso der zweite Schaffner bei der Vorzeigung des zweimal gelochten Umsteigefahrscheins. Durch Abreißen der Ecken kann dann ferner genau ermittelt werden, wo die Kontrolle stattgefunden hat. Zu diesem Zwecke ist jede Linie der Straßenbahn in vier gleiche Teile geteilt, die mit A B C D bezeichnet werden. Locht der Schaffner den Buchstaben A des Fahrscheins, dann zeigt er damit an, daß der Fahrgast den Wagen auf dem ersten Teil der Linie bestiegen hat, locht er das Feld D, dann ist damit der letzte Teil der betr. Linie als Anfangspunkt der Fahrt markiert. Das weitere ergibt sich dann ganz von selbst. Die Kontrolle ist also ganz einfach und kann von jedem Fahrgast sofort übersehen werden. Der Kontrollbeamte reißt, wie früher, eine Ecke des Fahrscheins ab, und zwar nur die, welche den Teil der Linie (Fahrstrecke) bezeichnet, die der Straßenbahnwagen gerade durchfährt, daher die Vierteilung der Linien. Es ist nur ein einmaliges Umsteigen zulässig. Die Weiterfahrt muß mit dem nächsten Platz bietenden Wagen der Anschlußlinie erfolgen. Die Fortsetzung der Fahrt auf der ursprünglichen oder einer mit dieser gleichlaufenden Linie sowie die Rückfahrt — auch durch andere Straßenzüge ist nicht gestattet. Eine Gewähr für die Anschlußfahrt übernimmt die Straßenbahn nicht. Auch wird keine Fahrgelderstattung für nicht ausgenutzte Fahrberechtigung gewährleistet. Der empfangende Schaffner locht für die zweite Fahrt seinen Buchstaben in der Kontrollleiste auf der Vorderseite oben a—m, die bei diesen Scheinen einzeilig angebracht ist.

Für die Inhaftierten

veranstaltet der Arbeiter-Sängerbund (ca. 800 Sänger) am Sonntag, den 6. März, nachm. 3 Uhr, ein öffentliches Konzert im Lustgarten. Die Sänger werden an der Domtreppe Aufstellung nehmen. Es kommen nur ausgewählte Lieder zum Vortrag.

Die Genossen werden ersucht, dieser Veranstaltung die weitgehendste Beachtung zu schenken und für den Besuch derselben rege Propaganda zu machen.

Der Mörder aus der Petersburger Straße verhaftet

Gestern früh wurde der Pole Josef Buchwalter, der im Verdacht stand, den Polen Rozenblum in der Petersburger Straße erstochen zu haben, verhaftet. Wie er sagt, hat er sich in der ersten Zeit nach der Tat in den Wäldern in der Umgebung Berlins verborgen gehalten. Erst gestern früh begab er sich nach Birkenwerder, um in der Villa Winkelmann in der Vergallee 1, einem Kindererziehungsheim, einen Unterschlupf zu finden. Diese Villa wurde unter der Leitung des Kriminaloberwachtmeisters Ziegler von Berliner Kriminalbeamten und Beamten der Ortspolizei von Birkenwerder umstellt. Bei der Durchsuchung fand man Buchwalter in einer Kiste versteckt. Er leugnet die Tat nicht und gibt als Beweggrund an, daß er geglaubt habe, Rozenblum habe an der russisch-bolschewistischen Partei Verrat geübt. Der Verhaftete bestreitet von irgendeiner Organisation mit der Ermordung des Verräters beauftragt worden zu sein, behauptet vielmehr, daß er aus eigenem Antriebe und auf eigene Verantwortung gehandelt habe. Er wird wegen Mordes dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Ob tatsächlich politische Motive bei der Tat eine Rolle spielen, muß erst noch aufgeklärt werden. Die bürgerliche Presse hat bereits die Tat zu einer politischen Hetze auszuschlachten versucht. Die Unterlagen sind aber doch keineswegs gegeben.

Vom Westhafen. Die bereits fertiggestellten Teile des Westhafens, eine Lagerhalle, 4 Krane, sind dem Hafen- und Schiffahrtsamt zur Nutzung übertragen worden. Da auch die Kaimauer fertiggestellt ist und das Anschlußgleis benutzt werden kann, so bietet sich bereits jetzt ein günstiger Umschlagsverkehr von Schiff in Waggon oder Fuhrwerk und umgekehrt für die aus dem Westen kommenden Güter.

Wer kennt die beiden Selbstmörder? In der Nacht zum 26. vorigen Monats, haben sich in einer Kraftdroschke, auf der Fahrt vom Potsdamer Bahnhof nach dem Stettiner Bahnhof, zwei Männer erschossen, deren Persönlichkeiten bis jetzt nicht festgestellt werden konnten. Beide wurden der Charité zugeführt. Während einer bereits tot war, verstarb der andere nach kurzer Zeit. Papiere oder irgendwelche Wiedererkennungszeichen wurden bei den Leichen nicht vorgefunden. Die Toten werden folgendermaßen beschrieben: Der eine ist 20—22 Jahre alt, 1,72 Meter groß, schlank, hat dunkelblondes Haar, bartloses, frisches, ovales Gesicht, hohe Stirn, graue Augen, bogenförmige Augenbrauen, im Oberkiefer lückenhafte Zähne, breites Kinn und unter dem rechten Knie eine bohnengroße Narbe. Der andere ist 22—27 Jahre alt, 1,75 Meter groß, dunkelblond, hat blasses längliches Gesicht, mit spärlichem blondem Schnurrbartanflug, blaue Augen, vollständige Zähne und langes spitzes Kinn. Die Kleidungsstücke der beiden sind in der Charité durcheinandergeworfen worden, so daß sich nicht feststellen ließ, welcher der beiden die Sachen getragen hat. Es sind vorhanden: ein brauner und ein hellbrauner Hut, zwei graugrüne Paletots, ein rotbrauner Anzug, ein schwarzer Rock mit Weste, eine gestreifte Hose, ein blaugestreiftes Hemd, zwei Oberhemden, eine weiße Trikotunterhose, zwei Paar weiß und schwarz gestreifte Strümpfe, zwei Paar schwarze Schuhe, drei Taschentücher, gez. F. A. Nr. 2 und 3, und K. A. Nr. 5, ein weißseidenes Taschentuch mit Sternen, ein kleines Damentaschentuch mit Hohlsaum und Stickerei, ein Nickelzigarettenetui, ein schwarzes Lederportemonnai mit einer Geldmünze aus Tempelburg, eine Kunstlederbrieftasche mit Kamm, zwei Bleistifte und eine Zigarettenspitze. — Lichtbilder der Toten können im Polizeipräsidium Berlin, Zimmer 48, und im Leichenschauhause, Hannoversche Straße 6, besichtigt werden. Dort, sowie auch bei jeder anderen polizeilichen Dienststelle werden Mitteilungen entgegengenommen, die zur Feststellung der beiden Persönlichkeiten führen können.

Der geheimnisvolle Kahn. Als in der vergangenen Nacht eine Streife der Schutzpolizei den Hubertusweg im Grunewald passierte, hörte sie vom Wasser her ein verdächtiges Geräusch. Beim Nahen der Beamten sprangen die Insassen eines am Ufer liegenden Bootes heraus und liefen davon. Die Schutzpolizisten eilten ihnen sofort nach, konnten sie aber, trotz 1½stündiger Verfolgung der Spur, nicht mehr erreichen. In dem Boot fand man — in Tüchern verpackt — Silbersachen und einen Teppich, im Gesamtwert von etwa 150 000 M. Die Nachforschungen ergaben, daß die Sachen kurz zuvor aus der Villa des Generaldirektors Zuckerkandl aus der Delbrückstraße in der Kolonie Grunewald, gestohlen worden waren. Sie wurden dem Eigentümer zurückgegeben.

Hilflos zu Grunde gegangen. Der Feuerwehrmann Alfred Großer wurde gestern in seiner Wohnung, in der Johann-Sigismund-Straße in Halensee, tot aufgefunden. Nach Angaben von Nachbarn ist Großer am Tage vorher von einer „Elektrischen“ überfahren und von Straßenbahnschaffnern nach seiner Wohnung gebracht worden. Dann hat man sich um den Verunglückten nicht mehr gekümmert, so daß er infolge der erlittenen Verletzungen zugrunde gegangen ist.

Das Ende der Monatsnebenkarten! Bisher wurden neben den Monatskarten im Eisenbahnverkehr auch Monatsnebenkarten für Angehörige, Hausangestellte usw. verkauft, die einen großen Vorteil für die Benutzer darboten, da ihr Preis nur die Hälfte der Stammkarte betrug. Die Monatsnebenkarten ermöglichten es, den in den Vororten wohnenden zahlreichen berufstätigen Personen derselben Familie zu billigem Preise zu ihren Arbeitsstätten zu gelangen. Nunmehr hat die Eisenbahnverwaltung angeordnet, daß diese Monatsnebenkarten in diesem Monat zum letzten Male ausgegeben werden. Sie werden Ende des Monats aufgehoben und vom 1. April ab nicht mehr zur Ausgabe gelangen. Diese Maßnahme ist nicht nur für Fernstrecken angeordnet, sondern auch für die Strecken des Berliner Vorortverkehrs. — Eine derartige Maßnahme bedeutet eine große Erschwerung der gesamten Siedlungsbewegung, da die Vergünstigung fortfällt, daß nur für eine Monatskarte in der Familie der volle Preis bezahlt zu werden braucht. Die zahlreichen Nachteile des Wohnens in einem Vorort werden für die arbeitende Bevölkerung um einen weiteren vermehrt.

Der Wurstel

Von Per Hallström

Berechtigte Uebertragung aus dem Schwedischen
Von Marie Franzos

(Schluß.)

Ich weiß nicht, wie es mit dem Eriks war, denn ich sah ihn nie mehr wieder. An einem regnerischen, grauen Tage ging er wie gewöhnlich zu seiner Brücke hinab und kam nicht zurück. Es war wohl die Schlüpfrigkeit dort, die es verschuldete, und dann die Tiefe und die Strömung, die immer weiter und weiter hinabzog in das weißblühende Seegras — genug, niemand sah einen Schimmer des kleinen Wesens mehr.

Die Mutter machte eine Szene, sie lief barhäuptig ein kleines Weilchen den Strand hinab, die Hände an den Schläfen, die Ellenbogen ausgestreckt, und rief ein paarmal: „Mein Kind, mein Kind!“ mit einem wunderlich leeren ungewohnten Tonfall, in dem das Rascheln der Kieselsteine, über die sie lief, hineinschnarrte. Sie ging auch an den Wasserrand und machte sich die Zeugschuhe naß, aber kehrte wieder um, als niemand sie aufzuhalten suchte. Die Erwachsenen tadelten sie rückhaltlos wegen ihrer Vernachlässigung und Lieblosigkeit. Man erinnerte sich, daß der Kleine nicht einmal ordentliche Mahlzeiten gehabt hatte, sondern wie ein kleines Kätzchen, wenn der Hunger sich einstellte, in die Küche kam und wieder ging. Man beobachtete, daß sie so gut wie sofort ihre gewöhnlichen unsympatischen Besuche wieder hatte und unter ihrem Trauerhut mit den Florblumen ebenso flach und lärmend lachte wie früher. Und die Auffassung verbreitete sich auch unter den Kindern, daß es um den armen Erik sehr schade sei, daß er ein ungewöhnlich lieber, kleiner Junge gewesen und es für ihn gut sei, daß er dahingegangen war.

Damit beruhigten sich alle ziemlich leicht, und auch ich glaubte, daß seine Geschichte abgeschlossen und vergessen sei.

Das war sie auch im großen ganzen, aber doch nicht völlig.

Eines Tages sah ich die Mutter oben im Hag herumgehen, wo ich mich aufzuhalten pflegte. Es war regnerisches Wetter, und sie wollte offenbar angeln gehen, denn sie hatte einen kleinen Spaten und eine Anchovisbüchse mit und grub nach Würmern. Ich erinnerte mich plötzlich an meine „geschützten Gebiete“ und lief hin, um zu verhindern, daß sie gestört wurden, auch nebenbei um zu sehen, die viele Würmer sie finden konnte. Sie trug in der Nässe nichts von ihren neuen Trauerkleidern, was mir sehr herzlos von ihr vorkam. Es fiel mir darum schwer, sie anzusprechen, aber ich bat sie doch, auf jeden Fall, den kahlen Fleck im Grase neben einer kleinen Tanne nicht zu berühren, auf den sie gerade ihren Spaten richtete.

„So, warum denn?“ — fragte sie und sah mich mit einem, wie mir schien, brennenden und erschreckenden Blick aus ihren braunen Augen an. Es war ihre Gewohnheit, sie förmlich klatschend und direkt auf den zu richten, mit dem sie sprach, und dann den Blick zu etwas erstarren zu lassen, das anmutige Würde sein sollte. Es war eine Art von Koketterie, wie sie dumme junge Frauen oft haben, aber ihr Zauber war an ein Kind verschwendet, für das schon das Fehlen eines freundlichen Leuchtens beinahe Härte bedeutet.

„Ich habe dort etwas hineingelegt,“ sagte ich, unangenehm berührt.

„Und was denn? Nein, solche Rangen!“

„Das — weiß ich nicht mehr.“

Ich wußte es auch wirklich nicht, aber im selben Augenblicke stieg das Bild vor mir auf. Der tote kleine Erik mit zitternden Händen, der Wurstel, der auch sterben mußte, hatten wir ihn nicht gerade hier niedergelegt?

Ja, gewiß, da mit dem Spaten kam ein plumper, weicher, feuchter Gegenstand hervor, unkenntlich unter der klebrigen Erde, aber doch Hansel. Die Tränen stiegen mir in der Kehle auf, ohne daß ich recht wußte warum; aber ich war doch neugierig zu sehen, wie er sich verändert hatte, und ob etwas an ihm sich gleichgeblieben war.

Die Frau beugte sich hinab und staubte ihn mit den Fingern ab. „Ein Wurstel,“ sagte sie, „nein, was diesen Kindern alles einfällt.“

Und ein neuer Blick trat in ihre Augen, der in seinem lächelnden Einverständnis noch unbehaglicher und beunruhigender war, ja zudringlich wie eine Berührung. — „Den müssen wir uns anschauen!“

Da starrten Hansels ehrliche Augen durch den Staub und die Erde zu ihr empor, und das Gesicht in seinem Schmutz war noch fahler, als da wir es eingruben, Erik und ich, und das Ganze noch unerklärlicher und unheimlicher als damals.

Aber es kam wunderlicher.

Die Frau zuckte zusammen, warf den Spaten weg und umklammerte mit beiden Händen das unförmliche Bündel, sank auf die Knie und sah. Der rosenrote Mund des Wurstels lächelte sie ungelenk an, die Glieder hingen ungelenk herab. Er sah aus, als könnte er kein Wort zu seiner Verantwortung sagen.

Aber wenn er Worte gehabt hätte, was hätte er da wohl so gesagt!

Die Frau riß Hansel an sich, so schmutzig er war, und küßte ihn. „Herrgott,“ schrie sie, „Herrgott!“

Und jetzt hätte auch ein Erwachsener in ihrer Stimme keinen falschen Ton gefunden.

Die Plötzlichkeit der Bewegung mit diesem wohlbekannten Spielzeug, von dem sie wohl geglaubt hatte, daß es dem Knaben in die Tiefe gefolgt war, das kindlich unmittelbare der Phantastik hatte sie überrumpelt. Wie die Puppenleiche so verlassen vor ihr lag, mußte sie ihr das Bild einer anderen kleinen Leiche vor Augen führen. Ihre Not war eines anderen Not. Ihre Seele, denn auch für sie bekam die Puppe jetzt eine Seele, beschwor eine andere kleine Seele herauf, auch sie verzweifelt einsam und von Leere und Dunkelheit bedrückt.

Sie preßte alles in ihre Arme und jammerte darüber und über sich selbst, und vielleicht begriff sie in diesem Augenblick mehr als früher in ihrem ganzen Leben.

„Herrgott! Wie naß und kalt! Sein kleiner Hansel! Wie ist er hergekommen?“

Die letzte Frage war an mich gerichtet. Sie fügte sich nur schwer zu verständlichen Lauten, und schwer war es auch für mich, eine Antwort zu geben. Das traurige Aussehen und Schicksal der Puppe — etwas anderes begriff ich nicht — und die Bewegung der Erwachsenen erschütterte mich tief. Nur der Gedanke, daß sie mich für einen Dieb halten könnte, zwang mich, zu sprechen.

„Er hat ihn eingegraben. Er wollte es selbst. Er hat gesagt, den Hansel mag niemand.“

Das hätte er jetzt nicht gesagt, wenn er die Mutter gesehen hätte. Sie saß ganz weiß da und preßte bald den Wurstel an sich, bald sah sie ihn an, als wäre er unendlich kostbar. Seine starre Miene, die sonst so sympatisch war, wurde angesichts dieser Gefühlsäußerungen unheimlich und abstoßend. So steht es jedenfalls jetzt vor mir, wenn ich diese Szene sehe. Es kommt Ironie und Grausamkeit hinein.

Damals sah ich nicht lange zu; denn ich hatte es eilig, fortzukommen. Aber die Frau ging erst viel später heim.

Ich weiß nicht, wie lange sie bei ihrer Natur daran festhielt, und ob die Puppe vielleicht noch heute in einer Lade liegt und das Andenken an ein Kind die Jahre hindurch bewahrt. Wahrscheinlich nicht. Aber damals in diesem Augenblicke hatte der kleine Ertrunkene einen warmen Platz in der Erinnerung, und sein Schatz war in guter Hut. Er bedeutete für ihn, die ihn fand, viel mehr, als jemand von uns ahnen konnte, viel mehr als selbst für den kleinen Erik, als er im Spiel der Erinnerung und der Nachwelt sein schweres Opfer dargebracht hatte.

Gewerkschaftliches

Der Konflikt in den Ambi-Werken

In der Zuschrift über die Bewegung in den Ambi-Werken, die wir aus Metallarbeiterkreisen erhielten, wurde zum Schluß gesagt, daß durch das unbesonnene Vorgehen eines Teiles der Betriebsbelegschaft die ganze Schwere der Betriebsschließung leider alle Beschäftigten getroffen hat. Für den Ausgang der Aktion werden sich, hieß es weiter, daher die Ambi-Arbeiter bei dem Teil bedanken können, der, ohne den Versuch zu machen, praktische Arbeit zum Vorteil der Arbeiterschaft zu leisten, mit revolutionären Phrasen den Befreiungskampf der Arbeiterschaft untergraben hilft.

Dadurch fühlt sich die „Rote Fahne" getroffen, und sie konstruiert nun die Behauptung, diese „Leistung" lege den Verdacht nahe, daß den „Ziska-Leuten" die Vorgänge in Johannisthal, wenn sie diese nicht absichtlich provozierten, zum mindesten sehr gelegen kamen, weil so die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes einen Vorwand erhalten habe, sich um die Stellungnahme zu dem Konflikt herumdrücken.

In dem ganzen Artikel ist kein Wort davon gesagt, daß die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes die Arbeiter in den Ambi-Werken sich selbst überlassen werde. Wer nicht in bewußter Verleumdung das der Niedrigkeit seines eigenen Charakters gemäße Kampfmittel in Auseinandersetzungen mit dem Gegner sieht, der wird es für selbstverständlich halten, daß die Ortsverwaltung auch unter den völlig verfahrenen Umständen das Interesse der Arbeiter in den Ambi-Werken nach wie vor vertreten wird. Aber diese Unterstützung der Ambi-Arbeiter durch die Gesamtheit der Organisation ist infolge des Vorgehens des von revolutionär klingenden Redensarten verwirrten Teils der Belegschaft ungemein erschwert. Und das ist die Schuld der Leute, die sich um die „Rote Fahne" sammeln, und die es obendrein wagen, der Ortsverwaltung nachzusagen, sie handeln feige und schädige die gesamte Metallarbeiterschaft.

Aber es wäre nett gewesen, wenn die „Rote Fahne" einen Weg gezeigt hätte, der geeignet wäre, herauszuführen aus dem durch den Schwatz, den sie täglich verbreiten, angerichteten Durcheinander. Eine Versammlung aller Betriebsräte und Funktionäre der V. K. P. D. hatte sich bereits am Dienstag mit der Angelegenheit beschäftigt. Nach einer eindringlichen Warnung Paul Neumanns hat sie es abgelehnt, der Arbeiterschaft eine Sympathiebewegung für die Ambi-Arbeiter zu empfehlen, da die wirtschaftlichen und sonstigen Vorbedingungen für eine solche nicht gegeben seien. Ein Aufruf des „Aktionsausschusses" der Ambi-Werke, der zu einer solchen allgemeinen Aktion aufforderte, war damit abgewiesen. Also was soll helfen? Wenn die Betriebsräte und Funktionäre der V. K. P. D. der Auffassung sind, daß eine allgemeine Aktion nicht am Platze wäre, dann wird die „Rote Fahne" wohl auch von der Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes die Einleitung einer solchen nicht erwarten. Was bleibt also? Der Schlichtungsausschuß oder ein ähnliches revolutionäres Instrument? Neue Verhandlungen mit der Betriebsdirektion? Diese Wege sind leider durch die vom Phrasenschwall aufgepeitschten unbesonnenen „Vorkämpfer" der Bewegung in den Ambi-Werken versperrt. Also weiß die „Rote Fahne" vielleicht einen anderen Rat? Wenn nicht, dann soll sie schweigen und soll sich vor allen Dingen nicht herausnehmen, Persönlichkeiten zu verleumden und ihre Tätigkeit zu kritisieren, die täglich ihr Bestes für die Arbeiterschaft einsetzen und ihre Pflicht auf den Posten, auf die die Arbeiterschaft sie gestellt hat, voll erfüllen.

Streik bei der „Mitropa"

Bei der „Mitropa" (Europäische Schlafwagen- und Speisewagen A.-G.) befinden sich die kaufmännischen Angestellten seit Donnerstag im Streik. Der Vorstand des „Kartells der im Gastwirtsgewerbe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen" und die Zentral-Streikleitung haben sich gemeinsam mit der Lage beschäftigt. Es wurde vereinbart, den Streik der kaufmännischen Angestellten über das ganze Reich auszudehnen und die am Streik nicht direkt beteiligten gewerblichen Arbeitnehmer, Handwerker, Transport- und Hilfsarbeiter aufzufordern, jede gemeinsame Arbeit mit evtl. auftretenden Arbeitswilligen abzulehnen. Die in der „Mitropa" vertretenden freigewerkschaftlichen Berufsverbände haben ihre Mitglieder zu Sonnabend, den 5. März, 8 Uhr abends, nach dem Café Stern, Oranienburger Tor, zu einer Versammlung eingeladen, um zu dem Streik der kaufmännischen Angestellten Stellung zu nehmen und die Frage der indirekten Streikarbeit zu klären. Das Erscheinen aller freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer der „Mitropa" in dieser Versammlung ist Pflicht.

Eisenbahner und „Rote Fahne"

Man schreibt uns: Die „Rote Fahne", Abend-Ausgabe vom 3. März 1921 versucht eine Notiz des „Vorwärts" — Die V. K. P. D. und der D. E. — als ein Demagogenstück hinzustellen. Nicht der „Vorwärts" hat in demagogischer Absicht diese Versammlung umgedichtet, sondern die „Rote Fahne" fügt diese kommunistische Mitgliederversammlung in eine öffentliche um. Als Beweis unserer Behauptung drucken wir den Versammlungszettel ab. Achtung! Eisenbahner Groß-Berlins! Am Donnerstag, den 3. März, abends 7 Uhr, in der Unionsbrauerei, Hasenheide, Gartensaal, Allgemeine Mitgliederversammlung aller im Deutschen Eisenbahner-Verband organisierten Kollegen. Tagesordnung: Die Gewaltpolitik des Hauptvorstandes des Eisenbahner-Verbandes gegen die Filiale Berlin. Referent: Kollege Otto Geschke. 2. Diskussion. Die V. K. P. D.-Fraktion im Eisenbahner-Verband. Wir fordern alle Mitglieder des Eisenbahner-Verbandes auf, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Wir glauben es nun getrost der Oeffentlichkeit überlassen zu können, zu beurteilen, wer der Lügner ist. Die „Rote Fahne" verliert bei ihren täglichen Lügenergüssen schon jedes Maß und alle Mittel, um die Arbeiterschaft zu spalten, sind ihr recht.

Metallarbeiter!

Damit die im Metallarbeiter-Verband organisierten Kollegen der stillgelegten Abteilung der Firma Ambi nicht gegenüber den Bestimmungen des Statuts in Verzug geraten, möchten wir alle Kollegen ersuchen, sich unverzüglich arbeitslos zu melden.

Die Ortsverwaltung.

Zimmerer

Die von den Kommunisten heute einberufene Versammlung nach der Weinmeisterstraße ist von unseren Genossen nicht zu besuchen.

Für die am 6. März stattfindende Stichwahl ist für die freigewerkschaftliche Liste zu stimmen.

Charlottenburger Gewerkschaftskommission. Am Dienstag, den 8. März 1921, abends 7 Uhr, findet im „Volkshause" eine Sitzung der Delegierten und der Funktionäre mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Schicksalsfrage unseres Volkshauses. 2. Unsere neue Satzung. 3. Antrag des Sportkartells. 4. Gewerbegerichtliches und Gewerkschaftliches. Die neuen Bezirksleiter und Bezirkskassierer werden hiermit gebeten, ihre Adressen umgehendst dem Obmann, Genossen Otto Flemming, Pestalozzistraße 13, zuzusenden.

Deutscher Portier-Verband (Sektion 7 des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes). Am Sonntag, den 6. März 1921, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, großer Saal, Sektionsversammlung. Tagesordnung: Neuwahl der Sektionsleitung. Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist Pflicht. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder -karte.

Der Aulock-Prozeß

Die Vernehmungen im Aulock-Prozeß wurden am Donnerstag fortgesetzt. Der Nebenkläger und Zeuge cand. med. Imbach war verhaftet worden, weil er beim Abreißen von Flugblättern und Bekanntmachungen beobachtet worden war. Er kam zunächst in die Wachstube am Hauptbahnhof und von dort zum Generalkommando. Als man dort erfuhr, daß er einer jüdischen Studentenverbindung angehöre, wurde er schwer beschimpft und es wurde ihm mitgeteilt, daß er am nächsten Tage

auf der Viehweide hingerichtet

werden würde. Die Vollstreckung des Todesurteils sollte aber nicht durch Erschießen, sondern durch Erhängen erfolgen. Mißhandelt wurde der Zeuge nicht. Eine Stunde später wurde er entlassen.

Oberleutnant a. D. Schmidt war im Freikorps zur Zeit der Kapp-Tage Gerichtsoffizier. Mißhandlungen sind vor den Augen des Zeugen nicht vorgekommen (!!). Es war in einer Offiziersversammlung ausdrücklich erklärt worden, daß Mißhandlungen und Provokationen von Zivilpersonen unterlassen werden sollten. (Diesen Schwindel wird niemand glauben. Die Redaktion.) Die Patrouillen seien in der gemeinsten Weise beschimpft und angespien worden. Auch in der Presse seien schon vor dem Kapp-Putsch Aeußerungen zu finden gewesen, die die Soldaten schwer kränken mußten. Das sei der Dank dafür gewesen, daß die Truppen sich zum Grenzschutz und bei anderen Gelegenheiten in Oberschlesien mit Leib und Leben für das Vaterland eingesetzt hätten. Daß die Leute durch die ungeheure Erregung (!!!) nicht mehr so ganz in der Hand ihrer Offiziere gewesen seien, sei psychologisch durchaus verständlich.

Der Sachverständige Dr. Ruben hat den Zeugen Heimlich behandelt. Sein Gutachten steht in grellstem Widerspruch zu dem Gutachten des vernommenen Dr. med. Werner, der angab, daß die Verletzungen des Heimlich nicht lebensgefährlicher Natur gewesen seien, daß es sich vielmehr nur um Verletzungen handelte, wie sie bei Schlägereien vorkommen. Dr. Ruben dagegen führt aus, daß die Verletzungen

lebensgefährlicher Natur

gewesen seien. Der ganze Körper war zerschlagen. Auch seelisch war Heimlich deprimiert und vollständig erschüttert. Das zeigte sich besonders in dem ununterbrochenen Zittern des Kopfes. Dr. Werner widerspricht den näheren Angaben dieses Sachverständigen. Er bleibt nach wie vor bei seinen Angaben. Ein weiterer Zeuge, ein früherer Kriegsgerichtssekretär, hat die Angeklagten in Gelsenkirchen vernommen. Dort war die Aulockbande zur Niederknüppelung der Ruhrarbeiter. Biskup hat bei dieser Vernehmung ausweichende Angaben gemacht, die darin ausklangen, daß er von Walter verschiedenes wisse, was er aber jetzt nicht sagen könne. Biskup bestreitet entschieden, solche Angaben gemacht zu haben. Der Staatsanwalt beantragt noch die Vernehmung des Zeugen Karl Peter, der bekunden soll, daß sich auch Walter an den Mißhandlungen beteiligte. Dem Antrage wurde stattgegeben und die Verhandlung auf Freitag vertagt.

Der Prozeß gegen den Hauptmann Pfeffer

Am 8. d. Mts. beginnt, wie schon berichtet, in der pommerschen Kreisstadt Stargard der Prozeß gegen den Hauptmann a. D. Pfeffer v. Salomon vor dem außerordentlichen Gericht für den Bezirk des Reichswehrgruppenkommandos I. Dem Angeklagten Franz Felix Ferdinand Pfeffer v. Salomon, der aus Düsseldorf stammt, wird zur Last gelegt, im Jahre 1920 ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer Art zusammengeschlossen zu haben, und damit sich gegen § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 vergangen zu haben.

Wie die Anklage behauptet, ist die sogenannte Pfeffersche Arbeitsgemeinschaft nicht ein privates, sondern ein verkteckt militärisches Unternehmen gewesen. Pfeffer gründete 1920 im Kreise Arnswalde eine Arbeitsgemeinschaft mit Hilfe ehemaliger Offiziere und Mannschaften. Nach den Ermittelungen der Staatsanwaltschaft bestand ein Werbebureau im Sennelager, später eins in Paderborn, und vorübergehend war auch am Stettiner Bahnhof in Berlin eine derartige Sammel- und Werbestelle eingerichtet worden. Die Mannschaften wurden zusammen mit ihren ehemaligen Offizieren auf Gütern im Kreise Arnswalde untergebracht, wo sie Zug- und Kompagnieweise zusammenlagen und unter der ständigen Aufsicht von Offizieren standen. Weiter wird Pfeffer zur Last gelegt, daß er und seine Adjutanten Besichtigungen der einzelnen Kompagnien vorgenommen hätten. Auf einer bei Hauptmann Pfeffer beschlagnahmten Karte war eine Einteilung der Umgebung von Arnswalde nach militärischem Muster vorgenommen worden. Auf der Karte finden sich Einzeichnungen über die Kompagniebereiche und es sind Bemerkungen über Kompagnien, Batterien und Züge vorhanden. Sobald aus der Arbeitsgemeinschaft Leute ausschieden, wurden sie durch Neuangeworbene aus dem Sennelager ergänzt. Wie die Anklage behauptet, hat Hauptmann Pfeffer bei seinen dortigen Werbestellen Mannschaftsersatz telegraphisch angefordert und zwar habe er sich, um in der Oeffentlichkeit keinen Verdacht zu erwecken, in den Depeschen gewisser Decknamen bedient. So wurden Offiziere mit „Sekt", Mannschaften mit „Mosel" bezeichnet.

Die Anklage, die von Staatsanwalt Dr. Ramin vertreten wird, legt Hauptmann Pfeffer zur Last, daß nicht nur der Aufbau der Arbeitsgemeinschaft, ein rein militärischer gewesen sei, sondern, daß auch der Verkehr der Mitglieder mit den Vorgesetzten und untereinander sich durchaus in soldatischen Formen gehalten habe. So seien Kompagniebefehle erteilt. Vorsichtsmaßnahmen bei Transporten beobachtet worden und es habe bei den Kompagnieführern ein täglicher Befehlsempfang stattgefunden. Die Arbeitsgemeinschaft habe auch über Waffenlager verfügt, so zum Beispiel in Berkenbrügge und auf dem Gut Wardin, wo sich in einer Feldscheune zwei Panzerwagen und ein Flugzeug befunden haben soll. Hauptmann Pfeffer soll zu mehreren Zeugen geäußert haben, daß er einen Rechtsputsch beabsichtige und er soll weiter den Angehörigen der Arbeitsgemeinschaft wiederholt erklärt haben, daß sie unter seiner Leitung bei Unruhen zur Abwehr von Putschen verwendet werden sollten. Im Zusammenhang damit wird Pfeffer zur Last gelegt, daß er einmal im Juli 1920, am Stadtberge Arnswalde mit seiner Arbeitsgemeinschaft eine militärische Uebung veranstaltet habe. Schließlich soll Pfeffer im Sennelager ein größeres Waffenlager zu seiner Verfügung gehabt haben, das unter der Aufsicht eines Leutnants v. Boyer gestanden haben soll.

Der Prozeß, zu dem etwa 40 Zeugen, darunter der Leiter des Landarbeiterverbandes, Dräger aus Arnswalde, Kriminalkommissar Sieber aus Bielefeld, Landrat Dr. Braun, Freifrau v. Schliefen, Rittergut Türkow, Landrat a. D. Kothe und Kreisrat Göbel, geladen sind, dürfte voraussichtlich mehrere Tage dauern. Der Angeklagte Hauptmann v. Pfeffer wird von Rechtsanwalt Dr. Max Alsberg und Rechtsanwalt Kurt Golnick vertreten.

Zur Wohnungsfrage

Die vom Preußenparlament bewilligten 400 Millionen Mark für Baukostenüberteuerungszuschüsse sollen auf 18 000 Neuwohnungen verteilt werden. Wenn man bedenkt, daß in Deutschland fast eine Million Wohnungen gebraucht werden, so ist diese Summe bei der heutigen Geldentwertung gerade nicht als ausreichend zu bezeichnen. Immerhin hat die Allgemeinheit ganz enorme Geldopfer zur Behebung der Wohnungsnot aufbringen müssen. In Preußen sind aus Reichs- und Staatsmitteln für 1919 und 1920 etwa 1300 Millionen Mark zur Förderung des Wohnungsbaues hergegeben worden. Davon wurden etwa 74 000 Wohnungen unterstützt, die sich auf 21 000 Not- und Behelfswohnungen und 53 000 Dauerwohnungen verteilen. Bis Oktober 1920 waren etwa 40 000 Dauerwohnungen und 20 000 Behelfswohnungen hergestellt worden. Der Rest dürfte in wenigen Wochen auch erledigt sein. Der Reichsarbeitsminister hat vor kurzem im Hauptausschuß des Reichstages sehr interessante Angaben über die Wohnraumförderung im Reiche gemacht. Danach sind für Wohnbauten einschließlich des Baues von Bergmannswohnungen annähernd 41 000 Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln ausgegeben worden. An Bergmannswohnungen, allgemeinem Wohnungsbau, Dauerwohnungen, Notwohnungen usw. sind insgesamt etwa 97 000 in Angriff genommen, deren übergroße Mehrheit bereits vollendet ist.

Die Wohnungsnot fesselt die Arbeiterschaft mit eisernen Klammern an den Wohnsitz, hemmt sie, vorhandene Arbeitsgelegenheiten durch raschen Domizilwechsel aufzusuchen und hierdurch das Wirtschaftsleben zu beleben. Das Kapital indes ist auf die schaffenden Hände angewiesen. Daher die heuchlerisch maskierte Sorge um die schnelle Beschaffung von Wohnungen. In Wahrheit schreit die Schuld der besitzenden Klassen an dem Anwachsen der Wohnungsnot direkt zum Himmel. Darüber ist an dieser Stelle zu wiederholten Malen das Erforderliche gesagt worden. Die Arbeiterklasse muß sich noch weit intensiver als bisher mit dem ungemein schwierigen Wohnungsproblem befassen, um im gegebenen Zeitpunkt kenntnisreich und vollklaren Blickes die Lösung mit Erfolg durchführen zu können.

Von den Bauprojekten wollen wir folgende nennen: Bautzen baut 27 Wohnhäuser. — Bonn baut 120 Häuser. — Dorstfeld bekommt 600 Einzelwohnhäuser für Bergleute. — Halle (Saale) errichtet Arbeiterwohnhäuser. — Homburg baut für 1 Million Mark Siedlungshäuser. — Leipzig erbaut in Connewitz an an der Tabaksmühle eine Siedlung von 14 Häusern. — Minden errichtet 60 Einfamilienhäuser. — Ohligs bewilligte für den Ausbau von Dachgeschossen 300 000 Mk. — Osnabrück bewilligte für den Bau von 100 Kleinwohnungen 5 Millionen Mark. — Wilhelmshaven mietete vom Fiskus fünf Kasernen zur Errichtung von Kleinwohnungen. Kostenpunkt 800 000 Mk. Witten (Ruhr) baut 30 Bergmannswohnhäuser. — Aachen will eine Reihe von Sechs- und Acht-Familienwohnhäusern errichten. — Allenstein hat für Reihenhäuser 7½ Millionen Mark bewilligt. — Emden baut sieben Doppelwohnhäuser. — Lüneburg bewilligte 2 Millionen Mark für Wohnhäuser. — Oppeln. Das Landesfinanzamt läßt 13 Einfamilienhäuser aufführen. — Remscheid plant bei Mirkinath die Errichtung einer Kleinsiedlung. Baukosten 4 Millionen Mk. — Wipperfürth. Der gemeinnützige Bauverein baut Gruppenwohnhäuser. Baukosten 1 700 000 Mk. — Worms baut 100 Neuwohnungen.

Bei den gewaltigen Geldaufwendungen darf man niemals übersehen, daß sie aus steuerlichen Erträgen aufgebracht, also von der Allgemeinheit hergegeben werden. Die große Mehrzahl der Steuerzahler stellt die arbeitende Bevölkerung. Sie leidet ganz besonders schwer unter dieser Not und muß nun obendrein auch noch selbst die Zeche bezahlen!

Die holländische Regierung kommt mit einem Gesetzentwurf an das Parlament, worin die Heranziehung der Unternehmer zu den Kosten der Erwerbslosen-Fürsorge verlangt wird. Wir sind demgemäß verpflichtet, die Kapitalisten zu den Lasten der Wohnungsbeschaffung heranzuziehen. Gerade so wie die Arbeitslosigkeit ist auch die Wohnungsnot Begleit- und Folgeerscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, und beide Elendsarten gehen zu Lasten der Wohlhabenden!

Sozialdemokraten und Kommunisten in Lettland

Aus Riga, Mitte Februar, wird uns geschrieben: Die „Rote Fahne" berichtet in Nr. 51 unter der Ueberschrift „Die lettische Sozialdemokratie und die dritte Internationale" allerlei Unwahres über die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands. Da die Parteiverhältnisse Lettlands in Deutschland den breiten Massen nicht näher bekannt sind, so haben wir einige Bemerkungen über die kommunistische „Berichterstattung" zu machen.

Die „Rote Fahne" behauptet, daß die Sozialdemokratie Lettlands in den Zeiten des Zarismus der radikalste Bestandteil der russischen Bolschewistenpartei gewesen sei. Diese Behauptung ist unwahr: während des Zarismus gehörte wohl die lettische Partei bis zur Parteispaltung der Vereinigten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands an, niemals aber den Bolschewisten.

Es wird weiter behauptet, die Sozialdemokratie Lettlands sei eine neue Partei, die alte Partei sei ohne Spaltung völlig kommunistisch im Jahre 1919 geworden. Diese Behauptung ist wieder ganz und gar unwahr. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands existiert seit 1904 und umfaßt augenblicklich 11 000 Mitglieder im ganzen Lande mit den alten Parteiführern A. Buschewitz, Dr. P. Kalnin, Dr. F. Menders an der Spitze. Sie erhielt bei den Wahlen zur Nationalversammlung Lettlands 1920 275 000 Stimmen (oder 38 Prozent) und 58 Sitze (von 150). Auch die gesamte gewerkschaftliche, konsumgenossenschaftliche und kulturelle Arbeiterbewegung Lettlands steht unter der Führung der alten sozialdemokratischen Partei. Die lettischen Kommunisten dagegen, die eine Parteispaltung im Jahre 1918 herbeiführten und im Frühjahr 1919 sich zur selbständigen kommunistischen Partei konstituierten, sind jetzt eine kleine, einige hundert Mitglieder zählende, illegale Organisation, die keine Bedeutung in der lettischen Arbeiterbewegung hat und nur von russischen Geldern ihr Dasein fristet.

Die Hauptursache des politischen Bankrotts der lettischen Kommunisten war die sechs Monate lange Räteherrschaft der Kommunisten in Lettland, die die Abhängigkeit des Landes von der Entente und die vom Kriege verursachte wirtschaftliche Verwüstung Lettlands nicht in Erwägung zogen, aber durch ein terroristisches Regiment mit Hilfe der russischen Armee ihre Parteidiktatur aufrechterhielten. Dadurch aber wurde die Arbeiterschaft zu Hunger und Elend verurteilt, es kam bald auch zum militärischen Zusammenbruch und zur Abschlachtung von mehreren tausend Arbeitern durch die Horden des Generals von der Goltz und der baltischen Landeswehr. In den letzten zwei Jahren hat die illegale Kommunistengruppe in ihrer Tätigkeit nichts als Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie zu verzeichnen. Die Erzwingung des Friedens mit Räte-Rußland und die Durchführung der Agrarreform hatte die Sozialdemokratie allein durchzusetzen. Ueberhaupt sabotiert die Kommunistenpartei jede proletarische Massenaktion (so z. B. den Generalstreik vom 26. Januar 1921), und dadurch hat die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands immer allein den Kampf gegen die Angriffe der bürgerlichen Reaktion und die Regierung Ulmanis zu führen.

Die weiteren Behauptungen der „Roten Fahne" über das Zusammenarbeiten der lettischen Sozialdemokraten mit Prinz Leopold von Bayern, mit A. Winnig usw. sind einfach frech Lügen.

Internationale Sozialistische Konferenz

Die Wiedergutmachungsfrage — Der Kampf gegen die Konterrevolution

5. Verhandlungstag. Nachmittagssitzung.

Die Wiedergutmachungsfrage

Namens der Kommission für Imperialismus und soziale Revolution referiert

Mistral (Frankreich): Die Resolution, die ich vorlege, ist erflossen aus den aktuellen Ereignissen, denen wir gegenüberstehen. Die Folgen des Krieges haben dazu geführt, daß sich die Kapitalistenklasse der Welt neu zu organisieren beginnt, und sie hat es in der Weise getan, die ihr eigen ist, wie die Friedensverträge von Versailles, von Trianon, von Saint-Germain und Sèvres zeigen. Wir sehen uns einer außerordentlich kritischen Weltlage gegenüber; mehr denn je ist die ganze Welt von der Kriegsgefahr bedroht und die Sicherheit der Welt ist niemals in so großer Gefahr gewesen wie jetzt. Die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands, die Französische sozialdemokratische Partei und die Unabhängige Arbeiterpartei Englands sind damit beschäftigt, eine allgemeine Formel zu finden, wie sie sich zu den Forderungen der Reparation stellen sollen. Die Taten und die Arien des Wiederaufbaues, die eingeschlagen werden sollen, sind von den Vertretern dieser Parteien noch nicht so studiert worden, daß sie konkrete Vorschläge machen können; diese drei Länder aber wollen in gemeinsamer Arbeit die Grundlage bilden, um die Vorschläge zu unterbreiten, die die Verhältnisse nun erfordern. Sie sind aber heute schon überzeugt, daß das ganze Proletariat Stellung nehmen müsse gegen die Kriegsgefahr, von der wir alle bedroht sind, und sie schlagen deshalb vor, daß bis zum 13. März in allen Ländern große Demonstrationen stattfinden sollen, nicht nur in den Hauptstädten, sondern in allen Städten und in allen Gegenden, wo es möglich ist, auf die öffentliche Meinung zu wirken, um zu verlangen, daß **die Friedensverträge revidiert werden**, daß die Friedensverträge verbessert werden, und um zu protestieren gegen die **Gefahren**, die überall durch diese Friedensverträge hervorgerufen werden. Sie sind weiter entschlossen, der Arbeiterschaft zu empfehlen, daß bei den Demonstrationen am 1. Mai, die wieder aufgenommen werden sollen, die Forderung erhoben werde, daß überall und in allen Staaten die Entwaffnung des Militarismus durchzuführen ist. (Beifall.)

Mistral legt nun die Resolution vor, die wir bereits veröffentlichten. In der Debatte ergreift zunächst das Wort

Hilferding (Berlin): Ich habe die Empfindung, daß wir bei diesem Punkte vor der wichtigsten politischen Frage stehen, die gegenwärtig der Lösung harrt, die darauf harrt, daß die Lösung von uns mit entscheidend beeinflußt wird. Ich spreche von der **Frage der Wiedergutmachung**, von jenem Komplex von Fragen, die durch den Versailler Friedensvertrag angebahnt worden sind und bis jetzt in London einer vorläufigen Lösung entgegensehen. Wenn ich über diese Frage als Vertreter der Sozialdemokratie Deutschlands spreche, so darf ich wohl sagen, daß wir Unabhängigen Sozialdemokraten ein Recht haben, gerade in dieser Frage unseren Standpunkt zu vertreten, denn die Unabhängige Sozialdemokratie ist hervorgegangen aus dem Kampfe gegen den Krieg, sie hat vom ersten Moment ihres Bestehens an protestiert gegen den Krieg und gegen alle gewaltsamen Lösungen, die dieser Krieg gebären mußte. Wir haben dem Nationalismus unseren Standpunkt der internationalen proletarischen Solidarität entgegengesetzt, wir haben gegen die „Union Sacré" die Notwendigkeit des verschärften Klassenkampfes proklamiert, wir haben gegenüber dem bürgerlichen Prinzip der Landesverteidigung gesagt, daß dieser Krieg die Gelegenheit geben wird und enden muß mit der sozialen Revolution. Wir haben von allem Anfang an gegenüber der Kriegspolitik der bürgerlichen Klassen den Grundsatz eines Friedens ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen proklamiert, und wir haben auch jetzt das Recht zum Protest gegen den Gewaltfrieden, weil wir schon während des Krieges, als unsere Nationalisten, damals noch auf dem Höhepunkt ihrer Macht, den Gewaltfrieden von Brest-Litowsk und Bukarest geschlossen haben, entgegen den Rechtssozialisten, die sich bei Brest-Litowsk der Stimmen enthielten und für Bukarest gestimmt haben, erklärt haben, daß diese Friedensschlüsse Verbrechen gegen das sozialistische Prinzip und gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker sind. Wenn wir also jetzt gegen die vorgeschlagenen Lösungen des Ententekapitalismus Protest erheben, so können wir nicht in den Verdacht kommen, damit irgend eine Einheitsfront mit den deutschen nationalen Parteien zu bilden. Vor diesem Verdacht schützen uns unsere bisherige Haltung und die Grundsätze, von denen wir gegenwärtig ausgehen. (Zustimmung.) Wir erheben den Protest nicht im Interesse des deutschen Proletariats allein. Wenn wir mit diesem Protest eine Pflicht gegen das deutsche Proletariat zu erfüllen haben, sind wir uns ebenso bewußt, daß wir zugleich im realen Interesse des gesamten Weltproletariats sprechen. (Sehr richtig!), das durch diese Lösung außerordentlichen Gefahren und Schädigungen ausgesetzt wird. Wir unterscheiden uns auch prinzipiell von der Stellungnahme unserer nationalistischen Parteien in Deutschland dadurch, daß wir durchaus das Recht der devastierten Provinzen Nordfrankreichs und Belgiens auf eine Wiedergutmachung anerkennen. Wir sehen darin ein Mittel der Völkerversöhnung und ein Mittel zur Austilgung des Nationalismus. Nicht von nationalen Gesichtspunkten, sondern von unseren internationalen Prinzipien sind wir geleitet, wenn wir erklären, daß die Pariser Beschlüsse in der Wiedergutmachungsfrage mahlos sind, daß sie gegen die Interessen aller Arbeiter verstoßen und zugleich prinzipiell verfehlt und deswegen undurchführbar sind.

Redner schildert nun eingehend die ökonomischen Widersprüche der Pariser Forderungen, ihre Unausführbarkeit und katastrophale Wirkung auf das Wirtschaftsleben nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt. Die Folge wäre nicht nur die zunehmende Verelendung der deutschen Arbeiterklasse, sondern auch zunehmende Arbeitslosigkeit, Lohndruck, Massenelend in den Ländern der Entente. Deshalb sei eine weitere Verelendung des deutschen Proletariats zugleich eine außerordentliche Gefahr für das gesamte Proletariat, weil ein solches verelendetes Proletariat natürlich ein furchtbarer Konkurrent für die Arbeiter aller Länder wird, indem sich der Druck, der in Deutschland auf den Löhnen ruht, fortpflanzen muß und als Lohndruck in allen industriell entwickelten Ländern in ganz kurzer Zeit empfunden werden wird. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir also gegen diese Forderungen Protest erheben, wenn wir ihre Unerfüllbarkeit nachweisen, so vertreten wir nicht nur die Interessen des deutschen Proletariats allein, sondern vertreten eine internationale Pflicht gegenüber dem Proletariat aller Länder. (Sehr richtig!) Wir sind uns dabei durchaus dessen bewußt, daß es eine ökonomische und daß es eine politische Notwendigkeit ist, daß die verwüsteten Gebiete wieder aufgebaut werden, und wir sehen auch durchaus eine Möglichkeit hierzu. Wir sind überzeugt, daß es gelingen könnte, wenn man in vernünftiger Weise dieses Problem lösen will, es auch zu lösen. Für eine sozialistische Volkswirtschaft würde es verhältnismäßig nicht allzu schwer sein, einen Teil der deutschen Produktionskraft direkt in den Dienst des Wiederaufbaues zu stellen. Ich habe gesagt, daß die Durchführung der Pariser Beschlüsse ökonomisch eine außerordentliche Verschärfung der Weltkrise bedeuten würde und daß das internationale Proletariat der Leidtragende sein würde. Noch gefährlicher wäre aber die politische Wirkung eines eventuellen Bruches und eines neuen gewaltsamen Vorgehens. Die politische Wirkung würde sein, daß in Deutschland die nationalistische Reaktion außerordentlich gestärkt würde, und das wäre ja schließlich auch die notwendige Konsequenz. Ich habe die Empfindung, daß wir in einer Entwicklung stehen, die deswegen so bedrohlich ist, weil sie ganz ähnlich wie die Situation im Juli 1914 bereits einen gewissen zwangsläufigen Charakter angenommen hat. (Rufe: Sehr wahr!) Die französische Regierung, die Ententeregierungen überhaupt, sind heute schon in hohem Maße die Gefangenen ihrer Drohungen geworden. (Rufe: Sehr richtig!) Auf der anderen Seite hat diese ganze Politik, von Versailles angefangen, natürlich auch in Deutschland zu einer außerordentlichen Erstarkung der nationalistischen Reaktion geführt, und auch die deutsche Regierung ist nicht so frei, als wir sie uns gern wünschen würden. Aber diese Gefahr, von der ich eben sprach, muß man sich auch ganz klar vor Augen stellen.

Deswegen ist es der Standpunkt der Unabhängigen Sozialdemokratie, daß sie ihrerseits **jede solche Katastrophenpolitik ablehnt.** Wir lehnen die deutschnationale Katastrophenpolitik ab, ohne uns darüber zu täuschen, daß hinter dem deutschnationalen Geschrei heute in Deutschland nicht allzuviel steckt, weil der deutsche Militarismus als eine Waffe gegen außen wirklich zerbrochen ist. Der deutsche Militarismus ist heute eine mehr innerpolitische Frage. Er ist heute keine Bedrohung nach außen. Wir lehnen ebenso die kommunistische Katastrophenpolitik ab. Man hat im Reichstag von kommunistischer Seite ein Bündnis Deutschlands mit der russischen Sowjetrepublik empfohlen. Man hat der deutschen Bourgeoisie Enver Pascha als leuchtendes Beispiel hingestellt. Es ist dann innerhalb der Kommunistischen Partei ein prinzipieller Streit entstanden, ob dieses militärische Bündnis abgeschlossen werden soll zwischen der deutschen Bourgeoisie, die man in eine der unterdrückten Nationen einreihen würde (Heiterkeit), oder ob man zuerst die deutsche Bourgeoisie stürzen und dann das militärische Bündnis schließen soll, um sich sodann gegen die Entente zur Wehr zu setzen. Das sind Kindereien, das hat mit Politik nichts mehr zu setzen. (Sehr richtig!) Das sind Dinge, mit denen sich Kinder im Dunkeln unterhalten. Für uns hat es höchstens das eine Interesse, das wir sehen, wie eng sich die deutschnationale Gewaltideologie mit der kommunistischen Gewaltideologie manchmal berührt. (Sehr richtig!) Für uns hat es höchstens noch das Interesse, daß wir konstatieren, daß die Dritte Internationale in dieser Frage überhaupt keine Lösung kennt, daß sie nicht einmal eine Lösung versucht, weil sie von irgendeiner Katastrophe alles Heil erwartet. Wir können nur konstatieren, daß die Dritte Internationale damit dort angelangt ist, wo die Zweite Internationale geendet hat, daß sie den Proletariern rät, gegenseitig in die Schützengräben zu gehen. (Zustimmung.) Aber wir sind uns auch darüber klar, daß die Zweite Internationale in dieser Frage versagen muß wegen ihres nationalistisch-reformistischen Charakters, der vielleicht gerade in dieser Frage durch ein Beispiel erläutert werden kann, das so außerordentlich schlagend ist, daß man darüber wirklich nicht viel Worte verlieren muß. Unter den Pariser Beschlüssen steht die Unterschrift der belgischen Regierung, und Mitglied der belgischen Regierung sind Emil Vandervelde und drei andere belgische Sozialisten! (Pfuirufe.)

Weder die Zweite Internationale noch die Dritte Internationale sind imstande, eine Politik zu machen, die der gegenwärtigen Situation und den Klasseninteressen des Proletariats entspricht. (Zustimmung.) Wir erwarten die Lösung nicht von der Katastrophenpolitik, sondern wir erwarten sie **von dem internationalen Klassenkampf**, den die Proletarier jedes Landes und insbesondere das französische und englische Proletariat führen gegen die imperialistische Bourgeoisie des eigenen Landes. Um diesen internationalen Klassenkampf zu organisieren, um ihn wiederum zur wirklichen Richtschnur des proletarischen Handelns und der proletarischen Politik zu machen, ist diese Arbeitsgemeinschaft gegründet worden und in diesem Sinne soll sie wirken. Daß sie das kann, wird sie beweisen. Gerade in der Stellungnahme zu diesem Problem, indem sie es sein wird, die zuerst das Proletariat aufruft zu großen Manifestationen. Daß die Parteien diese ihre Pflicht erfüllen können, haben wir schon gesehen an der Stellungnahme der französischen Parteien und der englischen Parteien. Wir können nur sagen, daß wir es auch mit Freude und Genugtuung begrüßt haben, daß der Internationale Gewerkschaftsbund in dieser Frage eine klare Stellung eingenommen hat, die vollständig übereinstimmt mit der Stellungnahme, die wir selbst in der Wiener Konferenz einnehmen. (Zustimmung.) Wir erwarten die Lösung dieses Problems vom internationalen Klassenkampf.

Wir wollen den Kapitalismus daran hindern, diesen Krieg mit wirtschaftlichen Mitteln fortzuführen, diesen Krieg, der nur die Welt ins Chaos, ins Verderben stoßen kann. Wir wollen das, weil wir nicht von der wachsenden Verelendung, sondern von der Zunahme des sozialistischen Bewußtseins und von der Zunahme der revolutionären Energie der Arbeiterklasse die Befreiung erwarten. (Zustimmung.) Aber wenn dieser Versuch mißlingt, wenn nochmals die kapitalistischen Regierungen den Stoß gegen den Frieden führen, wenn die Londoner Konferenz scheitert, wenn dann in jener zwangsläufigen Entwicklung, die ich vorher geschildert habe, dieses Europa aufs neue in Kriegsflammen gestürzt wird — dann soll uns, die wir aus den Erfahrungen des Krieges gelernt haben, die wir gestählt sind durch tausend trübe Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren machten, dann soll dieses zusammenstürzende Europa uns, den revolutionären Sozialismus, unerschrocken finden und aus den Ruinen wird sich wie ein Phönix aus der Asche die hehre Idee der internationalen Solidarität und des revolutionären Sozialismus erheben. (Stürmischer Beifall.)

Brace (Frankreich) spricht seine Befriedigung über das aus, was Hilferding gesagt hat, und teilt mit, daß er sich in vollkommener Uebereinstimmung mit den Ausführungen Hilferdings befindet. Es gebe eben nur einen Kampf zwischen den Klassen. Die Zahlen, die Hilferding gegeben hat, zeigen das Elend, das in Deutschland herrscht. Aber man solle auch an das Elend in den devastierten Gebieten denken, das dort ebenso groß ist. Ich kann aus Frankreich die gleichen Zahlen berichten, wie sie Hilferding aus Deutschland berichtet hat. Auch in Frankreich hat die Erhöhung der Löhne nicht Schritt gehalten mit der Herabsetzung der Kaufkraft des Geldes, so daß die scheinbare Erhöhung des Lohnes in Wirklichkeit keine ist. Tuberkulose und Syphilis richten in der französischen Bevölkerung ebenfalls ungeheure Verheerung an. Beide Krankheiten haben in großem Maße zugenommen. Aber auch die Bourgeoisie ist zum Teile besiegt, wenn auch in erster Linie die Sozialisten aller Länder durch diesen Krieg haben bluten müssen und sie werden bluten müssen so lange, bis sie die Herrschaft über den Kapitalismus errungen haben werden. Das, was wir hier in diesen Tagen besprochen haben, bedeutet für die Zukunft eine historische Tat. Sie bildet den ersten Auftakt zu einer internationalen gemeinsamen sozialistischen Organisation des internationalen Proletariats. (Beifall.) Die Konferenz beweist die Notwendigkeit der Verständigung über die Reparationsfragen.

J. R. Hudson (England): Wir haben soeben von dem französischen Genossen Brace gehört, welche Leiden auch die französischen Arbeiter während des Krieges durchzumachen hatten. Auch die englischen Arbeiter haben ähnliche Leiden durchgemacht und die Unabhängige Arbeiterpartei hat vom ersten Tage an versucht, gegen den Krieg anzukämpfen. Gewiß, es muß wieder gutgemacht werden, was in Frankreich und in Belgien geschehen ist. Aber es ist unmöglich, das wieder gutzumachen durch das, was in Paris und in London jetzt beschlossen werden soll. Das bedeutet keine Wiedergutmachung, sondern nur eine Anhäufung noch größerer ökonomischer Schwierigkeiten, als sie heute schon vorhanden sind. Was England betrifft, so ist nunmehr der Augenblick gekommen, daß die Arbeiter Englands nicht mehr länger damit einverstanden sind, gutwillig solche Verträge über sich ergehen zu lassen. Wir bitten die französischen Genossen, daß sie sich mit der Frage der Reparation und der Friedensverträge ernstlich beschäftigen. Der einzige Erfolg dieser Friedensverträge ist die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der ganzen Welt, insbesondere sind die Textilarbeiter in England ohne Arbeit und sie warten auf die internationale Botschaft, die von hier ausgehen soll, um endlich zu dieser Reparationsfrage international Stellung zu nehmen. Die französischen Genossen müssen auch widerstehen, daß die deutsche Wirtschaft in diesem Maße unterdrückt werden soll, denn es ist nicht möglich, zu einer Besserung der ökonomischen Verhältnisse auf Kosten der Unterdrückung eines ganzen Volkes zu gelangen. (Beifall.) Wenn Deutschland vom Weltmarkt ausgeschaltet wird, so bedeutet das die Verlängerung der Weltwirtschaftskrise, in der wir uns jetzt befinden. Die französischen Genossen müssen gemeinsam mit allen internationalen Proletariern zu einer internationalen Demonstration aufrufen und dürfen sich nicht zum Werkzeug der Diplomatie gebrauchen lassen, wenn sie ernstlich an dem Plane des Wiederaufbaues, der heute vorliegt, festhalten wollen. Die Bergarbeiter von Wales sind zum großen Teil deshalb außer Arbeit, weil in Frankreich so viel Kohle vorhanden ist, daß sie nicht verbraucht werden kann. Und während Sie in Oesterreich aus Mangel an Kohlen zugrunde gehen, müssen die Bergarbeiter in Wales feiern, weil in England kein Bedarf an Kohlen ist! Die Zeit ist gekommen, allem diesem energischsten Widerstand entgegenzusetzen. Ich appelliere an die englischen und die französischen Arbeiter, solidarisch zusammenzustehen, um allen neuen diplomatischen Versuchen der Unterdrückung und der Fortsetzung der Weltkrise Widerstand entgegenzusetzen. (Großer Beifall.)

Nach diesen Reden wurde die Debatte über den

internationalen Kampf gegen die Konterrevolution

fortgesetzt.

Locker (Poale Zion): Ich möchte die Aufmerksamkeit der Konferenz darauf lenken, daß unserer Meinung nach nicht nur der große, äußerliche Imperialismus von uns mit aller Kraft bekämpft werden muß, sondern daß nicht minder der innere Imperialismus bekämpft werden muß, den einzelne nationale Mehrheiten auf Gebieten betätigen, wo sie unterdrückten nationalen Minderheiten gegenüberstehen. Auch in dieser Beziehung ist das Wort eigentlich nicht neu. Die zweite Internationale hat mehrmals gegen die Unterdrückung nationaler Minderheiten protestiert. Aber dieselben Parteien, die diese Resolutionen angenommen haben, haben nichts dazu getan, um sie auch im Leben durchzuführen, sondern es haben sich mehrere Parteien, die heute noch der zweiten Internationale angeschlossen sind, an der Betätigung der nationalen Unterdrückung mitbeteiligt. (Lebebour: Welche Parteien sind das?) Ich werde das gleich sagen. Wenn die tschechischen Sozialdemokraten nicht genügend kraftvoll, um mich milde auszudrücken, gegen die Unterdrückung der deutschen Nation in der Tschechoslowakei aufgetreten sind und wenn dann — da komme ich zu einem der krassesten Beispiele — die Polnische sozialistische Partei, die bis zum heutigen Tage der zweiten Internationale angeschlossen ist, nicht nur nicht genügend stark gegen die Unterdrückung beispielsweise der ukrainischen Nation und gegen die Unterdrückung der jüdischen Minderheit in ihrem Lande aufgetreten ist, sondern wenn diese Partei täglich an der Unterdrückung der anderen Nationalitäten mitarbeitet, so ist das der eklatanteste Beweis dafür, daß sozialistische Parteien, Parteien, die sich so nennen, die Beschlüsse ihrer Internationale mit Füßen treten, ohne von ihr ausgeschlossen zu werden.

Kunfi (Ungarn): Ich will Ihre Aufmerksamkeit auf eines der entsetzlichsten und größten Verbrechen hinlenken, das mit der aktiven Mithilfe der imperialistischen Mächte an dem ungarischen Proletariat begangen wurde. Wollen Sie sehen, was die Konterrevolution in Wirklichkeit bedeutet, wie sie von Blut und Schmutz triefend aus allen ihren Poren über ein Land hinschreitet und das Proletariat mordet, dann müssen Sie Ihre Blicke nach Ungarn wenden. Die Konterrevolution, das ist die Landstraße, auf beiden Seiten von Bäumen eingesäumt, auf denen Arbeiter und Bauern aufgeknüpft sind. Die Konterrevolution ist der Kasernenhof, wo die sogenannte Elite der Gesellschaft versammelt ist, feine Herren, gebügelt und geschniegelt und vor ihnen sind die Galgen aufgerichtet, auf denen edle, reine Revolutionäre aufgehängt werden; und diese elende Kanaille bringt den Mut auf, dem Henker zuzurufen: Nicht so rasch sollt ihr eure Arbeit verrichten. (Stürmische Pfuirufe.) Wollen Sie sehen, was die Konterrevolution ist, dann müssen Sie nach Ungarn hinübersehen, wo die Revolutionäre auf den Straßen in Massen erschossen werden, wo sie in Kerkern verfaulen und in den Internierlagern zusammengepfercht liegen, wo man ihnen die Speisen statt mit Essig mit Ameisensäure bereitet, damit sie krank werden und zugrunde gehen. (Neuerliche, stürmische Pfuirufe.) Wollen Sie wissen, wie die Konterrevolution beschaffen ist, dann müssen Sie die feinen Ententeoffiziere und ihre Kurtisanen ansehen, die daran arbeiten, daß nichts von diesen entsetzlichen Taten in die Welt hinausdringe!

Wenn man heute Ehre in Ungarn sucht, dann muß man in die Gefängnisse und in die Internierungslager gehen. Und wenn man in Ungarn Unehrlichkeit, die feile Gesinnung, die Niedertracht finden will, dann muß man dort hingehen, wo die Leute im Namen einer nationalen Idee und des Christengottes das Proletariat schänden und morden (Pfuirufe), wie man es nirgends getan hat. Dort findet man die Grafen, die feinen Offiziere, die Bischöfe, die Politiker, die Gelehrten, all das korrupte Ungeziefer, all diesen Abschaum und Auswurf der Menschheit. Und wenn Sie wissen wollen — und jetzt richte ich meine Worte vor allem an unsere britischen und französischen Genossen — was Konterrevolution ist, dann sehen Sie sich Ihren Admiral Troubridge an, der an dem Tage, an welchem der sozialdemokratische Redakteur mit ausgestochenen Augen und skalpiertem Kopf von der Donau ausgespült wurde, Lloyd George nach England meldete: „Hier in Budapest ist die Sicherheit des Lebens so, wie sie in London ist"; dann müssen Sie sich Ihren politischen Kommissär Foucheur ansehen, der in den Tagen, als in den Straßen von Budapest Arbeiter ermordet wurden, einer ungarischen Zeitung gesagt hat, er könne behaupten, „daß die Konsolidierung der Verhältnisse in Ungarn fortschreite und er selten eine so wunderbare Zivilisation gesehen habe, wie diese ungarische". (Pfuirufe.)

Die behördliche Untersuchung, die von haßerfüllten Gegnern der Revolution geführt wurde, habe insgesamt nur 237 politische Todesfälle während der Revolution feststellen vermocht. Ich denke, wenn alle Bürgerkriege und alle Kriege nur so viel Opfer gekostet hätten, könnte die Welt sehr zufrieden sein, und so erkennen wir die Rechtfertigung, die sich der weiße Terror zugelegt hat, als schamlose Lüge und daran, daß ihm nicht Halt geboten werden kann, trägt auch Schuld — ich sage es nicht in einem politischen Sinne, sondern ich sage es in einem geschichtlichen Sinne — die Schwäche und die Unfertigkeit der proletarischen Internationale, der Kräfte, die, wenn sie wirklich groß und aktionsfähig wären, diesen Zustand inmitten Europas, daß ein Volk, ein Proletariat auf diese Weise hingemordet wird, nicht dulden könnten. Diese Tatsachen, dieses entsetzliche Bild der ungarischen Konterrevolution dem Proletariat aller Länder ständig und ununterbrochen vor Augen zu führen, das ist eine der wichtigsten Aufgaben und eines der wichtigsten Mittel in dem Kampfe gegen die Konterrevolution. Wenn das Proletariat der Welt es wüßte, was es heißt, **in einer Revolution zu unterliegen**, wenn es das so anschaulich vor Augen hätte, wie wir es tatsächlich vor Augen haben und von Tag zu Tag erleben, wenn sich das Proletariat all dies vielmehr vergegenwärtigte, dann würde der Widerstand gegen alle gegenrevolutionären Anwandlungen, dann würde der Zusammenschluß der Arbeiterschaft, die Einsicht, daß nur durch die Einigkeit der revolutionären Massen solche Zustände abgewehrt werden können, in der Welt viel größere Verbreitung finden.

Das wichtigste Mittel zur Befreiung des ungarischen Proletariats ist es, alle moralischen und sittlichen Kräfte des Proletariats fortwährend gegen dieses Schandregiment, gegen diese entsetzliche Herrschaft wach zu erhalten und gegen dieses System die moralische Einstimmigkeit des Proletariats aufzubieten. Die Entwaffnung dieser konterrevolutionären Armee ist eine Forderung, die in allen Ländern, besonders in den Ententeländern, ständig erhoben werden muß. Und wenn diese beiden Forderungen, eine Agitation, die mit diesen entsetzlichen Bildern des Schreckens genährt wird, und eine zielbewußte politische Agitation mit dem Zwecke, die Horthy-Armee zu entwaffnen, nicht nur gelegentlich, wie es bisher geschehen ist, sondern planvoll und ständig erhoben werden, dann hoffe ich, daß die Stunde der Befreiung dieses entsetzlich leidenden Proletariats, für welche die Worte von Marx über die Kämpfe der Commune vollständig gelten, daß sie eingeschreint sind in das große Herz der Arbeiterklasse, daß die Stunde der Befreiung auch der ungarischen Arbeiterklasse schlagen wird. (Lebhafter Beifall.)

Die Verhandlung wird abgebrochen und die Sitzung auf Sonntag vormittag vertagt.

Amerika revidiert das Urteil gegen die Sozialisten

F. P. Milwaukee, Wisc. Bekanntlich hat das Staatsgericht in Chikago in einem Prozeß gegen fünf namhafte Sozialistenführer „wegen Aufreizung zum Klassenhaß" auf Grund des immer noch nicht außer Kraft gesetzten Kriegsgesetzes auf Zuchthausstrafe erkannt. Der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat jetzt dies Urteil aufgehoben.

Victor L. Berger, einer der fünf, bezeichnete das Chikagoer Urteil als „die Frucht einer Verschwörung des profitsüchtigen Unternehmertums gegen die sozialistische Partei". Er habe nichts zurückzunehmen von dem, was er gegen diejenigen gesagt und geschrieben habe, „die uns in den Krieg gestürzt haben".

Verkehrsschwierigkeiten in Rumänien

In Rumänien macht sich nach „Ost-Europe" eine immer mehr zunehmende Verkehrskrise bemerkbar, deren unausbleibliche Folgen kaum abzusehen sind. Der Mangel an Verkehrsmitteln ist so drückend, daß heute auf einem Verkehrsnetz von 15 000 Kilometern kaum 300 Lokomotiven vorhanden sind. Nach Erklärungen von Fachleuten wird diese Krise, wenn nicht sofort Abhilfe kommt, solche Dimensionen annehmen, daß Rumänien binnen 4—5 Monaten gezwungen sein wird, den Verkehr vollständig einzustellen. Die Regierung hat diese große Gefahr, der das Land mit eigenen Mitteln nicht zu begegnen vermag, dadurch zu beseitigen versucht, daß sie ihre großen Werkstätten fremdem Kapital überlassen hat. Alle Eisenbahnwerkstätten wurden an die französische Firma „Vulkan" und an die Gravens-Limited übergeben. Diese beiden Gruppen verpflichten sich, im Zeitraum von sieben Jahren 2500 Lokomotiven, 1500 Personen- und 15 000 Güterwagen zu bauen. Nach Fertigstellung einer für den Verkehr genügenden Anzahl von Verkehrsmitteln, d. h. wenn das Land über 5000 Lokomotiven verfügen wird, gehen die Werkstätten in das Eigentum des Staates zurück.

Arbeitersport

Spiele der Märkischen Spielvereinigung am Sonntag, 6. März. Beginn 3½ Uhr.

Wilmersdorf — Neukölln in Wilmersdorf, Württembergische Straße. Adlershof — Brandenburg 02 in Adlershof, Köpenicker Chaussee, a. Wöltrin. Borussia gegen J. V. C. in Reinickendorf-Ost, Gemeindeserpiplatz, a. Raihaus. Union gegen Oberspree in Pankow, Pichelswerder Straße, Gemeindeserpiplatz. Viktoria gegen Weißensee in Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße. Germania — Stralau in Weißensee, Rennbahngelände. Frisch-Frei — Minerva in Niederschönweide, Berliner Str. 77/78. Reinickendorf — Lufenwalde 1 in Reinickendorf, Auguste-Viktoria-Allee. Merkur — Lufenwalde 2 in Grünau, am Teltowkanal. Sparta gegen Teutonia in Lichtenberg, Städtische Spielplätze. B. S. V. — Oranienburg, der Gemeindeführer möchte Namen aufschreiben. Velten — Merkur-Berlin in Velten, Blücherstraße. Fichte 9 — Raihenow in Reinickendorf-Ost, Thurner-, Ecke Müllerstraße. Fichte-Mariott — Hasla in Mariott, Heuhelgrund a. Bhf. Bergel. Fichte. Pankow — Arminia in Pankow, Pichelswerder Straße, Gemeindeserpiplatz. Freiheit-Wittenberge — Rapide in Wittenberge, Hindenburgplatz. Hennigsdorf gegen Charlottenburg in Hennigsdorf, Feldstraße. Waidmannslust — Spandau in Waidmannslust, Cafe-Straße. Adler — Eisenspielerei in Pankow, Landsberger-Hofer-Straße. Falke — Rosenthal in Berlin, Schönhauser Allee, Rosenthalbahnhof. Grün-Weiß — Freiheit-Niedert, in Grün-Weißen. Nowen — Eichwalde in Nowen. Neu-Jittau — Jugendlust in Neu-Jittau, Spreeberb. Wittenbergs gegen Friedrichshagen in Wittenbergs. Lichtenberg 2 — Lichtenberg 21 in Lichtenberg, Stadion. Brandenburg a. H. — Lankwitz in Brandenburg a. H., Mühlenwiese. R.-Dahlendorf — Stern in Alt-Dahlendorf. Fichte-Süd — Teltow-Zehlendorf in Berlin, Tempelhofer Feld, einzelne Pappel. M. S. C. — Trebbin in Marienbergs, Kaiser- Ecke Rathausstraße. Frisch-Frei — Steglitz in Lichterfelde, Teltower Straße am Parkfriedhof. Vorwärts-Potsdam — Lufenwalde 3 in Bornstedt, Klein-Bornstedter Feld. Stralau 2 — Eberscht 15 1 in Stralau, Gegler Straße.

Arbeiter-Radfahrerbund (4. Kr. Groß-Berlin.) Die Sitzung des 5. Bezirks am Sonntag, den 6. März, findet nicht in Hohenschönhausen, wie im Arbeiter-Sport angegeben, sondern Niederschönhausen (Wesnes), Pistoienstraße-, Ecke Kaiserweg, statt.

Arbeiter-Schachspieler, Johannisthal. Am Sonntag, den 6. März, vorm. 9½ Uhr, bei Schreiner, Friedrichstr. 6, Vortrag und Simultanspiel. Gäste willkommen. Spieltage des Arbeiter-Schachclub Johannisthal: Donnerstag, 8 Uhr und Sonntag vorm. 10 Uhr, im selben Lokal. Alle Arbeiter-Schachspieler sind herzlich zum Besuch eingeladen. — Arbeiterschachspieler Oberschöneweide, schließt euch dem Arbeiter-Schachclub an. Spieltage: Donnerstag, 8 Uhr und Sonntag vorm. 10 Uhr, bei Imberg, Wilhelminenhofstr. 34. — Arbeiter-Schachspieler Baumschulenweg. Zwecks Gründung eines Arbeiter-Schachklubs wendet euch an Fr. Brünning, Baumschulenweg, Kiefholzstr. 187. Arbeiter-Schachspieler des Westen. Der Berliner Arbeiter-Schachclub beabsichtigt im Westen eine 2. Abteilung zu eröffnen. Schachfreunde, die in der Nähe der Manheimer- und Kulmstraße wohnen, werden sich zwecks Aufnahme an August Meier, Manheimerstraße Nr. 19 und Paul Fritsch, Culmstr. 13. Spieltag der Abteilung Westen 1: Freitag, 8 Uhr, bei Belsin, Schöneberg, Hauptstr. 86.

Arbeiter-Wandervereis „Berlin". Sonntag, den 6. März, Lichtbilder-Vortrag im Vereinshaus Wallschläger, Adalbertstr. 21. Anfang 5 Uhr. Nach dem Vortrag gemütliches Beisammensein.

Freie Schwimmer Charlottenburg. Am Sonntag, den 6. März, nachm. 3 Uhr, 11. Schwimmfest. Die Brüdervereine des Kreises 1 haben zirka 100 Meldungen zu den sportlichen Konkurrenzen abgegeben. Also werden uns diese spannende Kämpfe bringen. Außerdem wird der Verein durch Massenvorführungen, wie Gruppenspringen und Reigenschwimmen, zeigen, daß er auch hier seine Mitglieder für ein sportlich-naturkundliches Arbeiten erzieht, wie es einem Arbeiterverein zukommt und nicht wie im bürgerlichen Lager, große Kanonen erzogen werden, die nach Geldpreisen schwimmen. Der Eintrittspreis ist mäßig bemessen, um jedem interessierten Arbeiter Gelegenheit zu geben, unsere Leistungen in Augenschein zu nehmen.

Aus den Organisationen

Sonnabend, 5. März

3. Bezirk. 2. Abteilung. Abends 8 Uhr, Bezirksführersitzung in der Schneeloppe, Rathstr. 29.

6. Bezirk. 7 Uhr, Distriktskonferenz bei Nagwitz, Varnimstr. 13.

Tempelhof. Vertrauensmänner-Versammlung, abends 7 Uhr, bei Beil, Dorfstraße, Ecke Neuestraße.

Charlottenburg. Elternbeiräte. Abends 7 Uhr, Volkshaus (Steglitzerhalle).

Niederbarnim-Ost. 6 Uhr, Distriktskonferenz im Cafe Bellevue. Sämtliche Ortsgruppen müssen unbedingt vertreten sein.

Sonntag, 6. März

Weißensee. Familienunterhaltungsabend im Vereinshaus, Charlottenburger Straße 120. Theater, Kinderaufführung und Tanz. Zur Deckung der Unkosten Tellersammlung. Saalöffnung 4 Uhr. Ausweis mitbringen. Da der Ueberschuß der Weihnachtskasse zufließt, ist es notwendig, daß sich alle Genossen mit Familie recht zahlreich beteiligen.

Montag, 7. März

7. Bezirk. Der Leseabend findet abends 7 Uhr, in der Schulaula Littauer Straße 18, statt. Vortrag der Genossin Seeger über: Die Hausfrau im Sozialismus. Ersuche die Genossinnen, rege Propaganda zu machen.

13. Bezirk. Sitzung der Bildungskommission 8½ Uhr bei Pietsch, Gleimstr. 36.

Pankow. Abends 6½ Uhr, Funktionärkonferenz bei Hoschke, Florastr. 24.

15. Verwaltungsbezirk. Sitzung der Obleute der Kommissionen, abends 7 Uhr, bei Schneider, Brüderstr. 5.

Pankow. Abends 8 Uhr, Sitzung der Landagitations-Kommission, bei Chille, Berliner Str. 118.

Reinickendorf-Ost. Abends 7 Uhr, Funktionärsitzung im Seebad.

Vereinskalender

Sonnabend, 5. März

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Vertrauensleute, Betriebsobleute und Betriebsräte der Branche Pen- und Arbeitsfuhrer. Abends 7 Uhr, im Lokal von Fenkuna, Melchiorstr. 15, Vertrauensmänner-Sitzung. Stellungnahme zur Kündigung des Tarifvertrages.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Agitationsbezirk Köpenick und Umgegend. Abends 7 Uhr, findet bei Stippefehl, Köpenick, Schönerlinder Str. 5, die allgemeine Versammlung statt. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Genossen des Distrikts erforderlich.

Freie Ledergewerkschaft. Die Mitglieder-Versammlung findet nicht statt.

Sonntag, 6. März

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion 5, Industriearbeiter. Vormittags 9½ Uhr, im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 14-15, Konferenz aller Funktionäre aus sämtlichen Groß-Berliner Metall-, Elektro- und Eisenbetrieben. Jeder Funktionär hat bestimmt zu erscheinen und als Ausweis dient Mitgliedsbuch der Gewerkschaft, Parteibuch und Funktionärlegitimationskarte.

Montag, 7. März

Arbeiter-Sportkartell Neukölln-Britz. Abends ½8 Uhr, im Lokal von Frank, Gangholerstr. 1, Kartellsitzung. Wichtige Tagesordnung. „Jeder Verein muß vertreten sein.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten. Abends 7½ Uhr im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45, Bezirksversammlung.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Mitglieder-Versammlung abends 7 Uhr, Kaiser Friedrichstr. 1-2. Referent Röber spricht über „Um Anerkennung der Rente".

Geschäftliches

Das Warenhaus „Frisch", Potsdamer Str. 10 (Laden), wird heute eröffnet. Es teilt mit, daß fast alle dort erhältlichen Artikel um nahezu die Hälfte billiger sind. Man beachte das heutige Inserat.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kameriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Demnächst erscheint:

Handbuch für Betriebsräte

Von Rudolf Weck, Arbeitersekretär

10.— Mark

für Betriebsräte, Gewerkschaften, Organisationen

(im Buchhandel 15.— Mark)

Bestellungen wolle man sofort aufgeben!

Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Herrenstiefel

Eleg. Gesellschaftsstiefel, echt R.-Chev., mit u. ohne Lackk. **148.-**

Feinster echt. Rindbox-Herrenstiefel, echte Kappe, Derby **158.-**

Wirklich vornehm. echt Boxk.-Herrenstiefel, feinste Verarbeitung, Original-Rahmenarbeit **196.-**

Noch ist es Zeit....

Damenstiefel

Feiner, echt R.-Chevreau-Stiefel mit guter, echter Lackkappe **138.-**

Eleg. Hochschaftstiefel mit schönem, echtem Lackblatt, modern. Form **165.-**

Echt Boxkalf-Hochschaftstiefel, Original-Rahmenarbeit, kurze moderne Form..... **198.-**

Einsegnungs-Stiefel zu noch billigeren Preisen

20% Barrabatt auf Einzelpaare und Restposten

Schuhfabriken **Conrad Tack & Cie A.G.** Burg b. M.

SW, Friedrichstr. 240/41
W, Potsdamer Strasse 50
W, Schillstrasse 16
NW, Beusselstrasse 29
NW, Turmstrasse 41
NW, Wilsnacker Str. 22
N, Brunnenstrasse 37
N, Danziger Strasse 1
N, Friedrichstrasse 130
N, Müllerstrasse 3
O, Andreasstrasse 50
O, Frankfurter Allee 22
SO, Oranienstrasse 2a
SO, Wrangelstrasse 49
C, Spittelmarkt 15
C, Rosenthaler Strasse 14
Neukölln, Bergstrasse 30/31
Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 122/23 · Potsdam, Brandenburger Str. 54

Man achte auf den Vornamen „Conrad"

Spezial-Arzt Dr. Sachs für alle Geschlechtskrankheiten, Harn-, Hautleiden, hartnäckige Ausflüsse, Ausschlag, Mannesschwäche, Syphilis-Kuren, spez. m. Salvarsan. Blutuntersuchungen. Damensp.
Dir.: A. Lösersen. Im Kliniken Kurs Institut „Löser" geöff.
Nur Rosenthalerstr. 69-70 9—1, 4—8, Stg. 9—1. Rosenthaler Platz.

Pianos * Stutzflügel

gibt Beamten und solventen Käufern gegen

bequeme Zahlweise

Große Auswahl in Gelegenheitskäufen Steinway, Bechstein, Blüthner usw. in bekannt erstklassiger Ausführung

Max Adam Unter den Linden 15, Münzstraße 16, Potsdamer Straße 60

Möbel Ausverkauf wegen Räumung

zu seltenen billigen Preisen auch auf Kredit

bei kleinster Anz. und Abzahlung

Ueberzeugen Sie sich — Referenz auch auswärts.

Möbel-Groß

Große Frankfurter Straße 141

Invalidenstr. 5, Eingang Ackerstr.

Proletarische Jugend

Sammlung sozialistischer Jugendschriften

Soeben erschien Heft 1

Arbeiterjugend und sexuelle Frage

Zweite durchgesehene u. verbesserte Auflage

Von Hans Hackmack

Preis 2.50 Mk.

Buchhandl. „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Erfinder, Vorwärts

strebende! Die Industrie sucht Erfindungen, Verbesserungs-Anregungen und aufklärende Broschüre „Deutschlands Aufbau" sendet kostenlos Patentkontor M. Wenzel, Hannover, Ferdinandstraße 11

Gelegenheitskäufe. Gute und billige Bücher jeder Art findet man stets in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Möbel

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Bar- od. Teilzahlung

bei kleinster Anz. und Abzahlung.

Kulanteste Bedingungen.

Bürgl. Wohnungseinrichtgn

Schlafzimmer, Wohnzimmer, Herrenzimmer, Speisezimmer

Bunte Küchen

Einzelne Möbel

Lieferung auch n. auswärts

Lagerung kostenlos

Möbel-Cohn

Gr. Frankfurter Str. 58

5 Min. v. Alexanderpl.

Filiale: Badstr. 47-48.

5 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Riesen-Preise für Altmetalle Quecksilber

Brunzlauer Str. 24
Wiclifstraße 2
Gudvoer Str. 59
Chaliser Str. 95 a
Bahnhofstr. 46, Schönbg.

Höchster Extrapreise.

Säle für Versammlungen, 50—200 Personen Gute Verpflegung :: Hackescher Hof, Rosenthaler Str. 40/41 :: Norden 3215

Zur Jugendweihe

Glückwunsch-Karten
Einladungs-Karten

Geschenkwerke

für die schulentlassene Jugend mit gediegenem Inhalt in wirklich vornehmer Ausstattung

Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C. 2.
Breite Str. 8-9

Auch in allen Filial-Expeditionen der „Freiheit" erhältlich